

GERHARD A. RITTER

## DIE DDR IN DER DEUTSCHEN GESCHICHTE\*

Mit der Konstituierung der DDR als zweitem deutschen Staat 1949 war die Etablierung der SED-Diktatur im wesentlichen abgeschlossen<sup>1</sup>. Die Umgestaltung der Gesellschaft hatte mit der Bodenreform, der Verstaatlichung der Banken, des Großhandels und wichtiger Teile der Industrie begonnen. Noch immer gab es aber breite bürgerliche Mittelschichten, die unverzichtbare Funktionen in der Gesellschaft ausübten, eine von selbständigen Bauern betriebene Landwirtschaft und einen bedeutenden privaten Wirtschaftssektor. In den fünfziger Jahren wurde die Veränderung der Gesellschaftsstruktur, die mit der Ausschaltung der sogenannten „Junker“ und „Monopolkapitalisten“ und mit der Instrumentalisierung der Entnazifizierung zur Eroberung von Schlüsselpositionen in Staat und Gesellschaft eingeleitet worden war, systematisch fortgesetzt, wurden immer weitere Bereiche der Gesellschaft gleichgeschaltet und wurde der „Aufbau des Sozialismus“ forciert.

Am Ende der fünfziger Jahre, spätestens in den ersten Jahren nach dem Bau der Mauer, sind alle wesentlichen Kennzeichen des DDR-Systems vorhanden. Trotzdem bleibt die Frage nach der Reichweite der Diktatur, nach der Spannung zwischen dem totalen Steuerungsanspruch der SED-Führung und der Eigendynamik der Gesellschaft bzw. dem „Eigensinn“ ihrer Bürger, die gegenüber dem Herrschaftsanspruch von Partei und Staat eine gewisse Autonomie zu bewahren versuchten.

Die Geschichte der DDR ist im wesentlichen zwischen zwei Polen einzubetten. Den einen Pol bildet die Sowjetisierung<sup>2</sup>, die keineswegs nur von außen durch die Besatzungsmacht und die zunehmende Einbindung in den Ostblock aufgezwungen wurde, sondern gemäß dem Grundsatz „von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ auch bewusst von wesentlichen Teilen der SED-Führung – vor allem soweit sie aus dem Moskauer Exil kam – betrieben wurde. Über den Marxismus, aber auch

\* Erheblich erweiterte Fassung eines Vortrages, der unter dem Titel „Traditionen und Brüche. Die DDR in den fünfziger Jahren“ zur Eröffnung eines Kolloquiums des Instituts für Zeitgeschichte über „Die DDR vor dem Mauerbau: Politik und Gesellschaft“ am 24.10.2001 in Berlin gehalten wurde. Der dem Aufsatz gegebene neue Titel deutet an, daß – besonders bei der Behandlung der Vertretung von Arbeiterinteressen und der Erörterung der Sozialpolitik – auch Entwicklungen nach 1961 berücksichtigt wurden. Insgesamt liegt jedoch der Schwerpunkt auf den Jahren 1949–1961. Der Verfasser dankt Ilko-Sascha Kowalczyk für die kritische Lektüre des Entwurfs dieses Aufsatzes.

<sup>1</sup> Vgl. u.a. Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hrsg.), *Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR*, München 2000.

<sup>2</sup> Vgl. die Artikel zur Sowjetisierung, in: Konrad Jarusch/Hannes Siegrist (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt a.M./New York 1997.

VfZ 50 (2002)  
© Oldenbourg 2002

über kommunistische Reformvorstellungen der Weimarer Republik, die von der Sowjetunion aufgegriffen worden waren, sind zudem auch ursprünglich deutsche Ideen indirekt über die Besatzungsmacht zurücktransportiert worden.

Den anderen Pol bildeten deutsche Traditionen, vor allem die Vorstellungen der kommunistischen Arbeiterbewegung. Gerade die ältere Führungsgarde um Ulbricht und später um Honecker war stark durch ihre Erfahrungen in der kommunistischen Bewegung der Weimarer Republik und in der Weltwirtschaftskrise, die als Vorbote des unausweichlichen Zusammenbruchs des Kapitalismus gedeutet wurde, geprägt.

Weiter hat die Konkurrenz mit der Bundesrepublik und die Auseinandersetzung mit dem Magnetfeld der westlichen Welt – seinem freiheitlichen System und seinen Konsumangeboten – die Politik der DDR entscheidend beeinflusst. Dabei gab es eine Magnettheorie nicht nur auf bundesdeutscher Seite; auch die DDR hat, vor allem bis zum Mauerbau, gehofft, daß ihr Staat und ihre Gesellschaft eine große Anziehungskraft besonders auf die Arbeiterschaft in Westdeutschland ausüben würde und es zu einer Wiedervereinigung auf der Grundlage ihres politisch-gesellschaftlichen Systems kommen könnte<sup>3</sup>.

Der vorliegende Aufsatz wird nicht versuchen, den Charakter von Staat und Gesellschaft der DDR auf einen Begriff zu bringen oder die DDR mit dem totalitären NS-Staat, der Sowjetunion Stalins oder anderen ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion zu vergleichen, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Allerdings sei die Bemerkung erlaubt, daß in den bisher in der Forschung weitgehend vernachlässigten, aber besonders interessanten Vergleichen mit den Entwicklungen etwa in Polen und in Ungarn das Fehlen der nationalen Komponente in der DDR überhaupt nicht zu überschätzen ist. Wahrscheinlich hätte jede echte demokratische Selbstbestimmung notwendig zur deutschen Vereinigung geführt. Die Starrheit des Systems ist also auch wesentlich dadurch zu erklären, daß es mit jeder weitergehenden Reform seine weitere Existenz in Frage stellte.

## I.

Das wichtigste Instrument, mit dem die in den fünfziger Jahren geradezu von einer Planungseuphorie erfaßte SED die Gesellschaft von Grund auf zu verändern versuchte, war die Planwirtschaft, die immer erneuten Versuche, in Mehrjahresplänen gleichsam eine Blaupause für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vorzugeben. Der Übergang zur Planwirtschaft 1947/48 bedeutete dabei einen qualitativen Wandel nicht nur der Wirtschaftspolitik der DDR<sup>4</sup>. Gleichzeitig entwickelte sich die bereits 1947 gegründete Deutsche Wirtschaftskommission seit ihrer Kompe-

<sup>3</sup> Vgl. dazu Michael Lemke, *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1960*, Köln/Weimar/Wien 2001.

<sup>4</sup> Vgl. Dierk Hoffmann, *Die Lenkung des Arbeitsmarktes in der SBZ/DDR 1945–1961. Phasen, Konzepte und Instrumente*, in: Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Arbeiter in der SBZ-DDR*, Essen 1999, S. 41–80, hier S. 57.

tenzerweiterung Anfang 1948 zu einem wichtigen Instrument zentraler Wirtschaftsleitung, und die deutsche Verwaltung des Inneren übernahm immer mehr Kompetenzen der Landesregierungen. Parallel zur nun auch offiziellen Selbstbezeichnung der SED nach stalinistischem Modell als eine „Partei neuen Typs“<sup>5</sup> – eine Kaderpartei mit Massenanhänger – und der Gründung der von vornherein unter der Kontrolle der SED stehenden Demokratischen Bauernpartei Deutschlands<sup>6</sup> und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands<sup>7</sup> wurden die bestehenden bürgerlichen Parteien CDU<sup>8</sup> und LDPD<sup>9</sup> noch weiter zurückgedrängt und gleichgeschaltet und neue Instrumente zur besseren Einwirkung auf bisher nur unzureichend erfaßte Segmente der Bevölkerung geschaffen.

Nach dem Vorläufer des Halbjahresplanes 1948 beschloß der Parteivorstand der SED, die damit ihren alleinigen Führungsanspruch unterstrich, den ersten Zweijahresplan für 1949/50, der für 1951–1955 nach sowjetischem Vorbild durch einen Fünfjahresplan fortgesetzt wurde. Der folgende zweite Fünfjahresplan wurde, noch bevor er abgelaufen war, in Anpassung an den sowjetischen Planungszyklus im Herbst 1959 durch einen Siebenjahresplan ersetzt. Die SED und der Staatsapparat, aber auch der FDGB sowie in geringerem Umfang die anderen Massenorganisationen, wurden zu Instrumenten, deren wichtigste Aufgabe nun die Durchsetzung der Vorgaben dieser Pläne war. Die Entwicklung der DDR zu einer von der SED durchherrschten Arbeitsgesellschaft, aber auch die ökonomischen Fehlentscheidungen, die schließlich wesentlich zum Zusammenbruch der DDR beitrugen, waren letztlich auch eine Konsequenz der wirtschaftlichen Weichenstellung zu einer straff zentralisierten Planwirtschaft 1948/49<sup>10</sup>.

<sup>5</sup> Andreas Malycha, *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953*, Paderborn 2000. Die Selbstbezeichnung der SED als „Partei neuen Typs“ 1948 war dabei auch eine taktische Maßnahme, eine Anpassung der Theorie an die bereits gegebene Realität.

<sup>6</sup> Vgl. Theresia Bauer, *Die Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands 1948 in Mecklenburg und die Entwicklung des Landesverbandes bis 1952*, in: Damian van Melis (Hrsg.), *Sozialismus auf dem platten Land. Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1952*, Schwerin 1999, S. 281–319; dies., *Politik für die Bauern? Geschichte der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands 1848–1963*, Diss., München 1998. Vgl. generell zur Blockpolitik und zu den Blockparteien: dies., *Krise und Wandel der Blockpolitik und Parteineugründungen 1948*, in: Hoffmann/Wentker (Hrsg.), *Das letzte Jahr der SBZ*, S. 65–83; Siegfried Suckut, *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen*, in: Jürgen Weber (Hrsg.), *Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur*, München/Landsberg am Lech 1995, S. 99–197.

<sup>7</sup> Vgl. Dietrich Staritz, *Die National-Demokratische Partei Deutschlands 1948–1953. Ein Beitrag zur Untersuchung des Parteiensystems der DDR*, Diss. Berlin 1968.

<sup>8</sup> Vgl. Michael Richter, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf 1990; Michael Richter/Martin Rissmann (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung*, Weimar/Köln/Wien 1995.

<sup>9</sup> Vgl. Ulf Sommer, *Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter Führung der SED*, Münster 1996.

<sup>10</sup> Vgl. zusammenfassend zur Wirtschaftsentwicklung der DDR Albrecht Ritschl, *Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR: Ein Zahlenbild 1945–1989*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1995/2, S. 11–46. Dort auch Angaben über weitere Literatur.

Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft der DDR ist bereits vor ihrem Zusammenbruch von Jörg Roesler, ihre weitere Entwicklung von ihm und einigen Mitarbeitern im Detail behandelt worden<sup>11</sup>. Die Schwächen der zentralistischen Planwirtschaft wurden dabei allerdings nicht thematisiert. Um nur einige aufzuzählen: die Politisierung der Ökonomie, die Spannung zwischen Politik und Sachverstand, die mangelnde Fachkompetenz der Entscheidungsinstanzen, die Tendenzen zur Autarkie und zur Abkoppelung von der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und weitgehend auch vom technologischen Fortschritt, die mangelnde Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, die Verwischung der Verantwortung für ökonomische Fehlentscheidungen, das hierarchische Prinzip der Willens- und Entscheidungsfindung, die mangelnde Differenzierung der Instrumente zur Lenkung der Wirtschaft sowie die Unterordnung der Wirtschaft unter das primäre Ziel der Machtbehauptung der SED. Gravierend war auch die Fehlentscheidung, nach stalinistischem Dogma den Ausbau der Schwerindustrie und der Schwermaschinenindustrie einseitig zu forcieren. Die Alternative einer ökonomischen Arbeitsteilung innerhalb des RWG (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) wurde offenbar nicht einmal ernsthaft erwogen<sup>12</sup>.

Die mangelnde Berücksichtigung der Konsumgüterindustrie führte in den fünfziger Jahren immer wieder zu Versorgungslücken, die man durch Korrekturen an den ursprünglichen Plänen zu schließen versuchte. Der Dienstleistungsbereich wurde aus ideologischen Gründen bis zum Ende der DDR stark vernachlässigt<sup>13</sup>. Die ausufernde Planungsbürokratie mit der staatlichen Planungskommission an der Spitze ließ mit ihren detaillierten Vorgaben den einzelnen Betrieben kaum Handlungsfreiheit. Typisch war zudem die bereits von Roesler vorsichtig kritisierte extensive Wirtschaftsweise. Die Steigerung der Produktionsmengen, und nicht die Anpassung an den neuesten technologischen Stand und die Verbesserung der Qualität der Produkte, hatte eindeutige Priorität. Da man keine Konkurrenz auf dem Markt befürchten mußte, spielten auch Rentabilitäts Gesichtspunkte zunächst kaum eine Rolle<sup>14</sup>. Die extensive Wirtschaftsweise war trotz des ständigen Aderlasses durch die Flucht von qualifizierten Technikern und Facharbeitern in die Bundesrepublik zunächst deshalb möglich, weil das Erwerbspotential der Frauen sehr viel stärker als in der Bundesrepublik ausgeschöpft wurde. Das hängt mit dem allerdings in den fünfziger Jahren erst langsam einsetzenden Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, dem gesellschaftlichen Druck auf Berufstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern und

<sup>11</sup> Vgl. Jörg Roesler, *Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus*, Berlin (Ost) 1978; ders./Renate Schwärzel/Veronika Siedt, *Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR 1950–1970*, Berlin (Ost) 1983; Jörg Roesler/Veronika Siedt/Michael Elle, *Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945–1970*, Berlin (Ost) 1986.

<sup>12</sup> Vgl. Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1982, S. 269 f.

<sup>13</sup> Vgl. Ritschl, *Aufstieg*, S. 13.

<sup>14</sup> Vgl. Roesler, *Herausbildung*, S. 22 f., 79–84, 90, 123, 130, 320 f.; Roesler/Schwärzel/Siedt, *Produktionswachstum*, S. 220–241; Roesler/Siedt/Elle, *Wirtschaftswachstum*, S. 264–268.

schließlich auch mit der miserablen Versorgung von Witwen, die keine langjährige eigene Erwerbstätigkeit nachweisen konnten, und dem Ungenügen einer Rente für ein Ehepaar im Alter zusammen.

Die späteren Versuche, neben der weiteren Ausschöpfung der weiblichen Arbeitskraftreserve auch die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, die Effektivität, Qualität und Rentabilität der Produktion zu verbessern und den Betrieben größere Freiräume gegenüber der zentralistischen Planung zu gewähren, die in den sechziger Jahren im NÖSPL, dem „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“, ihren Niederschlag fanden, sind letztlich am Widerstand der Traditionalisten in der SED und am Primat der Politik gegenüber der Ökonomie gescheitert<sup>15</sup>. Auch als Honecker versuchte, mit dem Ausbau der Sozialpolitik nicht nur die Bevölkerung enger an das Regime zu binden, sondern auch Anreize zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu geben, ließen sich keine dauerhaften Wirkungen erzielen. Das war auch eine Folge des trotz der ständigen Leistungswettbewerbe und des Prämiensystems aus ideologischen Gründen – in Anlehnung an Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung – stark nivellierten Lohn- und Gehaltssystem.

Die Erhöhung der Normen war zudem, wie der durch diese mitausgelöste, nicht aber verursachte Aufstand vom Juni 1953 gezeigt hatte, politisch gefährlich. Das gleiche galt nach den späteren Erfahrungen in Polen für einen Abbau der ökonomisch unsinnigen Subventionen und damit für eine realistischere Gestaltung der Preise. Die DDR blieb dem überholten Bild einer traditionellen Industriegesellschaft verhaftet. Dem Strukturwandel der Wirtschaft, der in der Bundesrepublik bereits am Ende der fünfziger Jahre zum Abbau der Schwerindustrie führte, sowie dem Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und der Veränderung der Konsumbedürfnisse mit dem steigenden Wohlstand hat sie kaum Rechnung getragen. Sie geriet damit zunehmend in einen Modernisierungsrückstand. Hinzu kam, daß Prestigeobjekte, wie der von 1952 bis 1961 betriebene Aufbau einer eigenen zivilen Luftfahrtindustrie, an Selbstüberschätzung, aber auch an den Interessengegensätzen mit der Sowjetunion scheiterten<sup>16</sup>, die später totgeschwiegenen Versuche zur Weiterentwicklung von Druckwasserreaktoren in der Kernenergetik in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre<sup>17</sup> oder der schließlich forcierte Aufbau einer nie am Prinzip der Wirtschaftlichkeit orientierten Mikroelektronik<sup>18</sup>, sich als Flops erwiesen, keine nachhal-

<sup>15</sup> Vgl. zum NÖSPL und seinem Scheitern Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle, *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen*, Opladen 1995.

<sup>16</sup> Vgl. Gerhard Barkleit/Heinz Hartlepp, *Die Geschichte der Luftfahrtindustrie der DDR 1952–1961*, Dresden 21995; Burghard Ciesla, *Die Transferfalle: Zum DDR-Flugzeugbau in den fünfziger Jahren*, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hrsg.), *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*, Berlin 1997, S. 193–211.

<sup>17</sup> Vgl. Burghard Weiss, *Kernforschung und Kerntechnik in der DDR*, in: Hoffmann/Macrakis (Hrsg.), *Naturwissenschaft*, S. 297–315; Joachim Kahlert, *Die Kernenergiepolitik in der DDR. Zur Geschichte uneingelöster Fortschrittshoffnungen*, Köln 1988.

<sup>18</sup> Vgl. Friedrich Naumann, *Vom Tastenfeld zum Mikrochip – Computerindustrie und Informatik im „Schrittmaß“ des Sozialismus*, in: Hoffmann/Macrakis (Hrsg.), *Naturwissenschaft*, S. 261–281.

tigen Modernisierungsschübe auslösten und an anderer Stelle dringend benötigte ökonomische Ressourcen abzogen.

Auch innerhalb des Planungssystems hat es gravierende Fehlentscheidungen, bürokratische Inkompetenz und Überregulierungen gegeben. In der von Dierk Hoffmann als zentralem Element der Planwirtschaft untersuchten Arbeitskräftelenkung<sup>19</sup>, die bis zum Mauerbau ohnehin mit starken Unsicherheitsfaktoren rechnen mußte, konnte die Spannung zwischen den Interessen von Staat und SED einerseits und den Bedürfnissen der Arbeitskräfte andererseits nie aufgelöst werden. Mit der Abschaffung der Arbeitsämter durch eine Verordnung vom 12. Juli 1951<sup>20</sup> hat sich die DDR zudem des effektivsten Instruments einer wirksamen Arbeitsmarktpolitik, das nach der Vereinigung mit westdeutscher Hilfe mühsam wieder aufgebaut werden mußte<sup>21</sup>, beraubt. Damit wurde auch die deutsche Tradition einer eigenständigen Arbeitsverwaltung, die sich mit Zustimmung der deutschen Arbeiterbewegung seit Ende des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte, abgebrochen.

Die Forcierung der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft und die stärkere Angleichung an das sowjetische Modell – etwa durch die Verkündung des planmäßigen „Aufbaus des Sozialismus“ auf der zweiten Parteikonferenz der SED vom Juli 1952, die Durchsetzung der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft 1960 oder den verschärften Druck zur Vollendung sozialistischer Produktionsverhältnisse auch bei mittelständischen Betrieben 1972 – haben immer wieder zu Krisen der DDR geführt.

Das zeigte sich in der Massenflucht von Bürgern, die erst durch den Bau der Mauer 1961 gestoppt werden konnte. Die Flucht von insgesamt etwa 3,5 Mio. Menschen aus der SBZ und DDR<sup>22</sup> war ein politisches Mißtrauensvotum gegen das Regime. Mit der Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials in der DDR stellte der Exodus der im Durchschnitt jüngeren, aktiveren und beruflich gut qualifizierten Flüchtlinge, unter ihnen viele Ärzte, Professoren, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter<sup>23</sup>, zunehmend auch einen ökonomischen Aderlaß dar, während die Flüchtlinge mit ihrem stark ausgeprägten Willen zum Aufbau einer neuen Existenz dem Wirtschaftsaufschwung der Bundesrepublik zusätzliche Impulse gaben.

<sup>19</sup> Vgl. Hoffmann, Lenkung des Arbeitsmarktes; Dierk Hoffmann, Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ-DDR 1945–1963. Der Verfasser dankt Herrn Hoffmann für die Überlassung des Manuskripts, das in Kürze vom Institut für Zeitgeschichte veröffentlicht werden wird.

<sup>20</sup> Vgl. Hoffmann, Aufbau, S. 308–329, 594f.

<sup>21</sup> Vgl. Heinrich Franke, Aufbau in den neuen Ländern, in: Bundesarbeitsblatt 1/1993, S. 5–9; Horst Kinitz, Aufbau der Arbeitsverwaltung in den neuen Bundesländern und die Entwicklung des Arbeitsförderungsrechts seit 1989, Opladen 1997.

<sup>22</sup> Vgl. Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ-DDR 1945/49–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994.

<sup>23</sup> Vgl. ebenda, S. 48–53; Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.), Der Bau der Mauer durch Berlin. Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin. Nachdruck der 2. Auflage vom September 1961 im Januar 1964, S. 15–18.

Die am 17. Juni 1953 ihren Höhepunkt erreichenden Unruhen bilden eine markante Zäsur in der Entwicklung der DDR von 1949 bis 1961. Die Arbeiterschaft war die wichtigste soziale Trägergruppe der Streiks, Demonstrationen und Proteste, die aber fast alle sozialen Schichten und Gruppen der Bevölkerung und die Mehrheit der Städte und Landkreise erfaßten<sup>24</sup>. Bei diesem Volksaufstand, der eine lange Vorgeschichte und starke Nachwehen hatte, wurde neben konkreten sozialen und politischen Reformforderungen immer wieder auch der Ruf nach Wiedervereinigung laut<sup>25</sup>. Der Aufstand, der den Anspruch der DDR, ein Arbeiter- und Bauernstaat zu sein, als Propagandalüge entlarvte, war eine traumatische Erfahrung sowohl für die Träger des DDR-Regimes, denen die Legitimation gerade bei den Arbeitern entzogen und deren Handlungsspielraum durch die Furcht vor einer Wiederholung der tiefen Erschütterung des Staates eingeengt wurde, wie für die Opponenten, die die brutale Niederschlagung des Aufstandes ohne ernste Versuche einer Intervention des Westens in ihrem weiteren Verhalten stets in Rechnung stellen mußten. Dabei grub sich in das kollektive Bewußtsein der Bevölkerung die Einsicht ein, daß nicht das Politbüro Ulbrichts, sondern die sowjetische Armee die Macht im Lande ausübte<sup>26</sup>.

Die Tauwetterperiode des Krisenjahres 1956, nach den Enthüllungen Chruschtschows über den Terror und die Despotie Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU, hat die DDR sehr viel weniger stark als Polen und Ungarn, wo im Oktober/November 1956 ein großer Volksaufstand von der Sowjetunion blutig unterdrückt wurde, erfaßt. Eine scharfe, auf die Abschaffung des gesamten Systems gerichtete Opposition und deren unnachgiebige Verfolgung blieben auch nach dem Juni 1953 weiterhin ein Kennzeichen der DDR. In den durch den XX. Parteitag der KPdSU und die Entwicklungen in Ungarn und Polen ausgelösten Diskussionen, die vor allem Studenten und die „Intelligenz“ erfaßten, standen jedoch konkrete Forderungen zur Entideologisierung des Studiums bzw. reformsozialistische Bestrebungen zur Umgestaltung der DDR im Vordergrund. Tatsächlich gab es jedoch weder eine revolutionäre noch eine reformistische Option: Eine Revolution nach dem Vorbild Ungarns hätte wegen der Unnachgiebigkeit der Träger des Regimes, der überlegenen Machtmittel der intakten sowjetischen Streitkräfte und der Zurückhaltung des Westens in einem Blutbad geendet. Eine demokratische Reform von innen, die über einen Machtwechsel in der SED-Spitze hinausging, hätte wohl bald zum völligen Zusammenbruch der DDR geführt. Die Alternative eines nationalen humanitären Sozialismus hatte in der DDR nie eine realistische Chance<sup>27</sup>.

<sup>24</sup> Vgl. aus der Fülle der Literatur zum Aufstand vom Juni 1953 Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), *Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54*, Berlin 1995.

<sup>25</sup> Vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle, *Untergang auf Raten: Unbekannte Artikel der DDR-Geschichte*, München 1993, bes. S. 124, 128 ff.

<sup>26</sup> Zur großen Bedeutung der Präsenz der sowjetischen Armee und ihrer Rolle in der Entwicklung der SBZ/DDR vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk/Stefan Wolle, *Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR*, Berlin 2001.

<sup>27</sup> Vgl. zu den Auswirkungen des Krisenjahres 1956 auf die DDR und die Begründung dieser Einschätzung Gerhard A. Ritter, *Weder Revolution noch Reform. Die DDR im Krisenjahr 1956 und*

## II.

Ein zentrales Kennzeichen der DDR der fünfziger Jahre war der Beginn einer sehr weitgehenden Militarisierung der Gesellschaft. Diese fand ihren Ausdruck einmal im Aufbau der Kasernierten Volkspolizei, der militärischen Vorläuferorganisation der 1956 gebildeten Nationalen Volksarmee, im hohen Grad der militärischen Rüstung, in der Aufblähung der Sicherheitsorgane des Staates und der Fülle bewaffneter Organe wie der Bereitschaftspolizei, der Grenzpolizei und den sog. Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Zweitens zeigte sich diese Militarisierung von Staat und Gesellschaft, die weit über entsprechende Tendenzen im Kaiserreich hinausging, auch in der bedeutenden Rolle der Gesellschaft für Sport und Technik, die als eine der großen sozialistischen Massenorganisationen die Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit der Bevölkerung durch vormilitärische Ausbildung erhöhen sollte<sup>28</sup>, in der sozialistischen Wehrerziehung in den Schulen, im Schul- und Hochschulsport und in der zeitweisen Umfunktionierung der staatlichen Jugendorganisation FDJ zu einem Instrument zur Werbung von Freiwilligen für die Kasernierte Volkspolizei<sup>29</sup>. Fast 10 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung waren nach Schätzungen in irgendeiner Form – haupt- oder nebenamtlich, freiwillig oder dienstverpflichtet – in den militärischen und paramilitärischen Organisationen, in den Schutz- und Sicherheitskräften und den Organen der Landesverteidigung beschäftigt<sup>30</sup>. Die Nettoausgaben für Verteidigung und innere Sicherheit beliefen sich schließlich auf etwa 10 Prozent des produzierten Nationaleinkommens<sup>31</sup>.

Für die Streitkräfte bildete die Sowjetunion, deren Militärdoktrin man übernahm und deren militärische Bildungseinrichtungen 1952–1989 von 4.500 Offizieren der DDR besucht wurden<sup>32</sup>, das Vorbild. Das zeigt sich auch in der besonders engen Verknüpfung der Armee mit der Staatspartei SED – ein wesentlicher Unterschied zum NS-System, in dem die Wehrmacht sich dem direkten Zugriff der Partei bei der Rekrutierung des Offizierskorps weitgehend entziehen konnte. 1961 stammten 79 Prozent der über 21.000 Offiziere aus der Arbeiterschaft und 95,6 Prozent waren

die Intellektuellen, in: Wolther von Kieseritzky/Klaus-Peter Sick (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays*, München 1999, S. 336–362.

<sup>28</sup> Vgl. Paul Heider, *Die Gesellschaft für Sport und Technik (1952–1990)*, in: *Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR*. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Berlin 1998, S. 169–199.

<sup>29</sup> Vgl. zur Militarisierung der FDJ Peter Skyba, *Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961*, Köln/Weimar/Wien 2000, bes. S. 180–198.

<sup>30</sup> Vgl. Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke, *Die bewaffneten Organe der DDR im System von Partei, Staat und Landesverteidigung. Ein Überblick*, in: Dies. (Hrsg.), *Im Dienste der Partei*, S. 1–67, hier S. 1.

<sup>31</sup> Vgl. ebenda, S. 24.

<sup>32</sup> Vgl. Rüdiger Wenzke, „Bei uns können Sie General werden...“. Zur Herausbildung und Entwicklung eines „sozialistischen Offizierskorps“ im DDR-Militär, in: Peter Hübner (Hrsg.), *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 167–200, hier S. 183.



Mitglieder oder Kandidaten der SED<sup>33</sup>. Die nach sowjetischem Vorbild eingesetzten Polit-Offiziere – 1956 etwa 3.000 – waren sogar zu 100 Prozent Mitglieder der SED<sup>34</sup>. Die Militarisierung der Gesellschaft, die im Kontrast zu den Versuchen der Instrumentalisierung der Friedensbewegung für die Zwecke der SED-Führung stand, hat später Gegentendenzen in den Kirchen und Teilen der Jugend, die sich zur Symbolik der „Schwerter zu Pflugscharen“ bekannte, gefördert.

Der Grad des Wandels und der Sowjetisierung der Gesellschaft war vor 1961 in den einzelnen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft unterschiedlich stark. Das offene Bekenntnis der SED zur straff disziplinierten und zentralisierten stalinistischen Kaderpartei neuen Typs, die sich als bewusste und organisierte Vorhut der Arbeiterklasse ansah, war mit der Wendung gegen den „Sozialdemokratismus“ und der Zurückdrängung früherer Sozialdemokraten aus der zentralen, regionalen und örtlichen Führung der Partei und dem Bruch mit den Traditionen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, aber auch mit der Ausschaltung oppositioneller Kommunisten verbunden<sup>35</sup>. Der Anteil früherer Sozialdemokraten an der Mitgliedschaft der SED sank von 52 Prozent nach der Vereinigung 1946 auf 6,5 Prozent im Jahr 1951<sup>36</sup>. Als Instrument der innerparteilichen Kontrolle wurde im September 1948 eine zentrale Partei-Kontroll-Kommission mit entsprechenden Institutionen auf der Ebene der Länder und Kommunen errichtet<sup>37</sup>. Das Studium der Geschichte der KPdSU wurde zur Grundlage der Parteischulung gemacht. In Anpassung an die KPdSU wurde der demokratische Zentralismus zum Prinzip des Parteaufbaus erklärt, die Fraktions- und Gruppenbildung untersagt und ein von Ulbricht geleitetes Zentralsekretariat als koordinierendes Machtzentrum für alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an die Spitze der Partei gesetzt.

Besonders kennzeichnend für die Übernahme des sowjetischen Modells war der Aufbau eines Kadernomenklatursystems zur Sicherung der führenden Rolle der SED. In diesem wurden die für die zu vergebenden Positionen in Frage kommenden Personen mit genauen Angaben über ihre Herkunft, politische Orientierung und ihre Fähigkeiten verzeichnet<sup>38</sup>. Das System, das den Nomenklaturvorgesetzten und damit letztlich den Führungsgruppen der SED die Kontrolle bei der Besetzung aller

<sup>33</sup> Vgl. ebenda, S. 185.

<sup>34</sup> Vgl. ebenda, S. 181.

<sup>35</sup> Vgl. Malycha, Die SED. Der Vorwurf des „Sozialdemokratismus“ war dabei sehr umfassend und beschränkte sich keineswegs auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Vgl. dazu besonders Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953, Bonn 1996.

<sup>36</sup> Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Vor- und Frühgeschichte der SED. Umschmelzung zur Kaderpartei, Austreibung des Sozialdemokratismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 30.4. 1996.

<sup>37</sup> Vgl. Hermann Weber, Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946–1971, Hannover 1971, S. 14.

<sup>38</sup> Vgl. Matthias Wagner, Gerüst der Macht. Das Kadernomenklatursystem als Ausdruck der führenden Rolle der SED, und Sabine Ross, „Karrieren auf der Lochkarte“. Der Zentrale Kaderdaten-speicher des Ministerrates der DDR, beide Aufsätze in: Arnd Bauerkämper u.a. (Hrsg.), Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR, Berlin 1997, S. 87–108, und S. 109–130; Hartmann Zimmermann, Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ-

wichtigen Positionen gab, war horizontal und vertikal gegliedert. Die Grundzüge dieses Systems entstanden zwischen 1950 und 1960. Es wurde zunächst von zwei Zentren, dem Ministerium des Inneren für den Staatsapparat und dem zentralen Parteiapparat der SED, aufgebaut und 1960/61 im Kadernomenklatursystem der SED vereinigt<sup>39</sup>. Kennzeichnend war die Ausweitung des Systems in immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – außer den Kirchen – und die Ausdehnung auf Bezirke, Kreise und die Räte der Gemeinden. Es war ein wirksames Instrument zur Durchsetzung des Machtanspruchs der SED und trug wesentlich dazu bei, daß der Staatsapparat vollständig unter die Kontrolle der Partei geriet. Die Schwächen des Systems lagen in der einseitigen Abhängigkeit von einem in der Krise 1989/90 weitgehend paralyisierten Zentrum, in der Erstickung eigenständigen flexiblen Handelns der mittleren und unteren Mitglieder der Nomenklaturkader sowie in der geringen Integrationsfähigkeit des immer stärker verkrusteten Systems durch den Ausschluß des Großteils der Bevölkerung von den Spitzenpositionen in Staat und Gesellschaft.

Anfang 1968 hat der Soziologe Peter Christian Ludz, vor allem auf Grund einer Analyse der sozialen Zusammensetzung der Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees des SED von 1954, 1958 und 1963, eine vielbeachtete Studie zum Wandel der Parteielite der SED vorgelegt<sup>40</sup>. Seine Grundthese war, daß neben der alten „strategischen Führungsclique“ der Partei in den vorrangig wissenschaftlich, technisch und wirtschaftlich spezialisierten Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees eine jüngere „institutionelle Gegenelite“ entstanden sei. Diese sei weniger von der politischen Dogmatik als von den funktionalen Bedingungen der modernen Industriegesellschaft geprägt. Damit verbunden vertrat Ludz die Auffassung, daß die DDR sich von einer totalitären zu einer „autoritär verfaßten Gesellschaft“ wandelte, in der Fachleute in einem „konsultativen Autoritarismus“ an Einfluß gewönnen, sowie die Hoffnung auf eine durch Sachzwänge bewirkte zunehmende Konvergenz westlich-demokratischer und östlich-kommunistischer Gesellschaften. Die Thesen von Ludz spiegeln vor allem die Tendenzen zur Flexibilisierung des wirtschaftlichen Systems in der Zeit des NÖSPL. Sie ordnen Ulbricht, der ja gerade eine gewisse Öffnung für Fachleute betrieb, als Mitglied der strategischen Clique aber falsch ein und übersehen, daß fachliche Kompetenz durchaus mit der politisch-ideologischen Prägung durch die SED und dem Primat der Machterhaltung der Partei Hand in Hand gehen konnte<sup>41</sup>. Faktisch war entgegen den Thesen von Ludz der Primat der Politik über der Ökonomie nie ernsthaft gefährdet.

DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 322–356.

<sup>39</sup> Vgl. Wagner, Gerüst der Macht, S. 95.

<sup>40</sup> Peter Christian Ludz, Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln/Opladen 1968, bes. S. 324–327.

<sup>41</sup> Zur Kritik der Thesen von Ludz vgl. u.a. die Rezension des Buches von Monika Kaiser, in: Bauerkämper u.a. (Hrsg.), Gesellschaft ohne Eliten?, S. 253–264; Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn <sup>2</sup>1997, S. 336–338.

Der SED-Staat hat eine neue, von der Spitze der SED eingesetzte und kontrollierte, aus den Inhabern der Führungspositionen in Partei, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bestehende herrschende Klasse hervorgebracht, die ihrerseits von mittleren Führungskadern und politisch zuverlässigen Fachleuten unterstützt wurde<sup>42</sup>. Den privilegierten Klassen ist es schließlich gelungen, ihren sozialen Status und die damit verbundenen Privilegien zu vererben, während der zunächst systematisch geförderte soziale Aufstieg von Arbeiterkindern immer schwieriger wurde<sup>43</sup>. Die neue Macht- und Funktionselite hat es aber nicht verstanden, eine eigene Kultur zu entwickeln, die für die Gesamtgesellschaft – wie das früher bei Adel und Bildungsbürgertum der Fall gewesen war – stilbildend wirkte<sup>44</sup>. Die DDR blieb eine Kleinteile-Gesellschaft, in der die nach dem Umbruch 1989 aufgedeckten Privilegien und Korruptionserscheinungen der Führung wesentlich zum völligen Zusammenbruch der Legitimität des Systems beitrugen.

Eine der Schwächen des DDR-Systems war das Unvermögen, die Masse der Jugendlichen, in die die SED-Spitze so große Hoffnungen gesetzt hatte, innerlich für den Staat zu gewinnen. Die als einzige Jugendorganisation von der sowjetischen Besatzungsmacht im Februar 1946 zugelassene FDJ war zwar formell unabhängig, faktisch jedoch ein Instrument der SED, in dem die Vertreter der Blockparteien und der Kirchen spätestens ab 1948 ohne jeden Einfluß waren<sup>45</sup>. Der FDJ-Spitze, die sich zunehmend am sowjetischen Vorbild des Komsomol ausrichtete<sup>46</sup>, ist es nie gelungen, ein wirklich attraktives Freizeitangebot zu entwickeln. Der Mißbrauch der Mitglieder der FDJ als Akkordbrecher zur Aushebelung der Opposition älterer Beschäftigter gegen die Einführung des Leistungslohns, die bereits erwähnte umfassende Militarisierung der FDJ, schließlich auch die groteske Verherrlichung Stalins<sup>47</sup> haben die FDJ, die die Schulung der jungen Menschen im Marxismus-Leninismus und die Rechtfertigung der jeweiligen Politik der SED als ihre Hauptaufgaben ansah, in den Augen vieler Jugendlicher diskreditiert. Es kam hinzu, daß die Erfassung der Mitglieder am Arbeitsplatz und nicht im Wohngebiet die Organisation von Freizeitaktivitäten erschwerte und die mangelnde Differenzierung des Angebots für die verschiedenen Altersgruppen von 14 bis 25 Jahren sich als Fehler erwies.

<sup>42</sup> Zu den neuen Eliten der DDR vgl. Heike Solga, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlage und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*, Berlin 1995; Arnd Bauerkämper/Jürgen Danyel/Peter Hübner, „Funktionäre des schaffenden Volkes“? Die Führungsgruppen der DDR als Forschungsproblem, und Helga A. Welsh, Die kommunistischen Eliten als Gegenstand der Forschung. Ein Rück- und Ausblick, beide Aufsätze in: Bauerkämper u.a. (Hrsg.), *Gesellschaft ohne Eliten?*, S. 11-86 und S. 131-150.

<sup>43</sup> Vgl. Solga, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft?*, S. 159-205.

<sup>44</sup> Vgl. Wolfgang Engler, *Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus*, Frankfurt a.M. 1991, S. 71.

<sup>45</sup> Vgl. Peter Skyba, Schwierigkeiten mit der jungen Generation. Jugend und Jugendpolitik in der SED-Diktatur 1945 bis 1961, in: Theresia Bauer/Winfried Süß (Hrsg.), *NS-Diktatur, DDR, Bundesrepublik. Drei Zeitgeschichten des Vereinigten Deutschland*. Werkstattberichte, Neuried 2000, S. 151-180, hier S. 155.

<sup>46</sup> Vgl. Skyba, *Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko*, bes. S. 110-117.

<sup>47</sup> Vgl. ebenda, S. 159-163.

Jugendliche waren unter den Flüchtlingen aus der DDR vor dem Mauerbau überproportional vertreten und spielten bei den Streiks und Protesten im Juni 1953 und bei den Unruhen an den Universitäten im Herbst 1956 eine wesentliche Rolle<sup>48</sup>. Ein erheblicher Teil der Jugend orientierte sich an der westlichen Jugendkultur<sup>49</sup> und demonstrierte mit dem Tragen von Jeans, der anfangs mit Zuchthausstrafen bedrohten Begeisterung für den (amerikanischen) Jazz und den (amerikanischen) Rock'n'Roll und schließlich in den siebziger Jahren mit der Übernahme der Symbole der westlichen Friedensbewegung seine Distanz zum Regime.

In der staatlichen Verwaltung hat die SED, die nach dem Krieg sofort mit der Leitung der Polizei und der Kontrolle der Personalämter die Schlüsselpositionen übernahm, einen fast völligen Austausch der Eliten und die Ausrichtung der Arbeit der Verwaltung auf ihre Politik erreicht<sup>50</sup>. Wie insbesondere neuere Untersuchungen durch Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte über die Umwandlung des Justizwesens und die politische Instrumentalisierung der Rechtsprechung gezeigt haben<sup>51</sup>, hat sich trotz der im Zuge der Entnazifizierung vorgenommenen massenhaften Entlassung von Richtern und Staatsanwälten, die ganz überwiegend der NSDAP angehört hatten, und der forcierten Ausbildung von sog. Volksrichtern in Schnellkursen zur Schließung der Personallücke die Gleichschaltung, Zentralisierung und Sowjetisierung des Justizwesens von 1947/48 bis 1952/53 hingezogen. Weder die SMAD noch die deutschen Kommunisten haben die Eroberung der Machtinstrumente der Justiz als vordringlich angesehen. Auch fehlte ihnen zunächst das entsprechend ausgebildete Personal. Zudem hat die sowjetische Besatzungsmacht mit ihren Militärtribunalen und Speziallagern alle Abweichungen von der herrschenden Linie und alle potentiellen politischen Gegner rigoros ohne Einschaltung der deutschen Justiz unterdrücken können.

Einen tiefen Bruch mit den deutschen Traditionen bedeutete die Abschaffung des Berufsbeamtentums und die 1952 vorgenommene Ersetzung der fünf bestehenden Länder, in deren Landtagen die SED bei den Wahlen vom 20. Oktober 1946 keine absoluten Mehrheiten der Sitze erringen konnte<sup>52</sup>, durch 15 Bezirke (einschließlich Ostberlin)<sup>53</sup>, denn dadurch wurden die noch vorhandenen geringen Einflußmöglich-

<sup>48</sup> Vgl. ebenda, S. 250–257, 304–323, 331–338, 357–370.

<sup>49</sup> Vgl. Gerhard A. Ritter, *Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*, München 2000, S. 178–180.

<sup>50</sup> Vgl. ebenda, S. 132–134.

<sup>51</sup> Vgl. Hermann Wentker, *Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen*, München 2001; Petra Weber, *Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945–1961*, München 2000; Dieter Pohl, *Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung*, München 2001; vgl. weiter Heike Amos, *Justizverwaltung in der SBZ/DDR. Personalpolitik 1945 bis Anfang der 50er Jahre*, Köln 1996; Karl Wilhelm Fricke, *Der Wahrheit verpflichtet. Texte aus fünf Jahrzehnten zur Geschichte der DDR*, hrsg. von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und vom Deutschlandfunk. Wissenschaftlicher Bearbeiter: Ilko-Sascha Kowalczyk, Berlin 2000, S. 253–348.

<sup>52</sup> Vgl. Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss, *Wahlen in Deutschland 1946–1991. Ein Handbuch*, München 1991, S. 149.

<sup>53</sup> Vgl. Karl-Heinz Hajna, *Länder-Bezirke-Länder. Zur Territorialstruktur im Osten Deutschlands 1945–1990*, Frankfurt a.M. u.a. 1995.

keiten der bürgerlichen Blockparteien beseitigt und die letzten Reste regionaler Autonomie aufgehoben. Auch die Überbleibsel der körperschaftlichen Eigenständigkeit der Gemeinden und Kreise, die anfangs an die deutsche Tradition der kommunalen Selbstverwaltung angeknüpft hatten, wurden nach vorangegangenen Eingriffen in die Kompetenzen der Gemeinden in Wirtschaft, Polizei und Schulwesen 1952/53 beseitigt<sup>54</sup>. Die Gemeinden und Kreise sanken dadurch – wie die Bezirke – zu nachgeordneten territorialen Verwaltungseinheiten und Organen der Staatsgewalt ohne eigenständigen autonomen Kompetenzbereich herab.

Während die erste Verfassung der DDR von 1949 in ihren Formulierungen noch vielfach an demokratische Grundsätze der Weimarer Reichsverfassung erinnerte, die allerdings im Widerspruch zur Realität der von der Besatzungsmacht kontrollierten Diktatur der Staatspartei der DDR standen, hatte die Verfassung von 1968, die den Führungsanspruch der SED verankerte und die DDR als sozialistischen Staat deutscher Nation und als die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land (Art. 1)<sup>55</sup> bezeichnete, die sowjetische Verfassung von 1936 als Vorbild.

### III.

Im Schulwesen, dessen Lehrerschaft durch die Entnazifizierung und die Ausbildung von Junglehrern in Schnellkursen fast völlig ausgetauscht und bald stark von der SED dominiert wurde<sup>56</sup>, knüpfte man mit der Einführung der „demokratischen Einheitsschule“, der Durchsetzung der Schulgeldfreiheit, der finanziellen Unterstützung der Kinder aus sozial schwachen Familien sowie der Verankerung einer für alle Schüler gemeinsamen achtklassigen Grundschule, auf die eine vierklassige Oberschule bzw. eine dreiklassige Berufsschule aufbauten, an die schulpolitischen Vorstellungen der KPD und SPD und an Konzepte der Reformpädagogik aus der Weimarer Zeit an. Auch waren die Lehrpläne zunächst noch keineswegs an kommunistischen Dogmen ausgerichtet, sondern betonten die Erziehung der Jugend zur Demokratie und wahren Humanität und den Geist des friedlichen Zusammenlebens der Völker<sup>57</sup>. Seit 1948/49 wurden jedoch die reformpädagogischen Konzepte zunehmend durch

<sup>54</sup> Vgl. Dieter Marc Schneider, Kommunalverwaltung und -verfassung, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 297–319.

<sup>55</sup> Vgl. Herwig Roggemann, Die DDR-Verfassungen. Einführung in das Verfassungsrecht der DDR. Grundlagen und neuere Entwicklungen, Berlin 1989, S. 426.

<sup>56</sup> Vgl. Helga A. Welsh, Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierung und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945–1948), München 1989, S. 87–109; dies., Antifaschistisch-demokratische Umwälzung und politische Säuberung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Politische Säuberung in Europa und die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 84–107, bes. S. 98.

<sup>57</sup> Vgl. Ritter, Über Deutschland, S. 143.

die ideologische Orientierung am sowjetischen Modell ersetzt. Im Anschluß an die Zweite Parteikonferenz der SED 1952 forderte das Politbüro, daß die Schulen am Aufbau des Sozialismus mitwirken mußten und die Erziehung des neuen sozialistischen Menschen zu ihrer zentralen Funktion gemacht werden müsse<sup>58</sup>. Immer eindeutiger wurden die Schulen schließlich auch als Instrumente zur Lenkung des Angebots an Arbeitskräften im Rahmen der Wirtschaftsplanung angesehen. Die Entwicklung fand ihren Abschluß in der durch Gesetz vom 2. Dezember 1959<sup>59</sup> nach sowjetischem Vorbild geschaffenen zehnklassigen „polytechnischen Oberschule“, die die enge Verbindung von Bildung und Erziehung mit der wirtschaftlichen Produktion betonte und für alle Kinder der DDR Regelschule war. Mit der Reform der Schulbildung wollte man die jungen Menschen nicht nur auf die Anforderungen der Wirtschaft vorbereiten, sondern auch die Bundesrepublik auf dem Bildungssektor überholen.

Größere Freiräume und eine stärkere Anknüpfung an ältere deutsche Traditionen gab es vor allem bis zum Mauerbau im Hochschulwesen. Zunächst bedeuteten die Entnazifizierung, die Deportation führender Wissenschaftler in die Sowjetunion und die Abwanderung vieler Wissenschaftler in den Westen Deutschlands einen schweren Aderlaß für die Hochschulen<sup>60</sup>; auch wurde sofort damit begonnen, das weitgehende bürgerliche Bildungsprivileg an den Hochschulen durch die Erschwerung des Hochschulzugangs für Kinder aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum und die gezielte Förderung von Studenten aus den Unterschichten – vor allem der Arbeiterschaft – zu brechen. Die Gründung von Vorstudienanstalten ab Frühjahr 1946, aus denen später die Arbeiter- und Bauernfakultäten hervorgingen, sowie die Errichtung pädagogischer Fakultäten zur methodischen Ausbildung von Lehrern dienten vornehmlich diesem Ziel. Die ideologische Durchdringung der Universitäten wurde durch die Errichtung dreier gesellschaftswissenschaftlicher Fakultäten in Leipzig, Rostock und Jena, die direkt der SED unterstanden, gefördert. Die Entstehung hochschulartiger Institutionen etwa für Staats- und Rechtswissenschaft und Ökonomie, die unter der strikten Kontrolle der SED standen, sowie die zunehmende Verlagerung der Forschung auf die aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin hervorgegangene Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (später Akademie der Wissenschaften der DDR) haben die Stellung der Universitäten weiter

<sup>58</sup> Vgl. Oskar Anweiler, Das Bildungswesen, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Die beiden deutschen Staaten im Vergleich, Bonn 1980, S. 231–237; Udo Margedant, Bildungs- und Erziehungssystem der DDR – Funktion, Inhalte, Instrumentalisierung, Freiräume, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. III: Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Baden-Baden 1995, S. 1489–1529.

<sup>59</sup> Abdruck des „Gesetz(es) über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 2.12. 1959, in: Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation, S. 568–570.

<sup>60</sup> Vgl. Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschul-Lehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999, S. 261–285.

wesentlich geschwächt<sup>61</sup>. Die Akademie wandelte sich dafür nach sowjetischem Vorbild von einer „bürgerlichen“ Gelehrtenengesellschaft zum wichtigsten Zentrum der Forschung mit großen, vor allem naturwissenschaftlich-technischen Instituten<sup>62</sup>.

Stationen und wichtige Aspekte der Umwandlung und politischen Gleichschaltung der Hochschulen waren die zunehmende Verdrängung der bürgerlichen Geisteswissenschaftler seit 1945/46, die Verstaatlichung und Bürokratisierung der Hochschulen und der steigende Einfluß der SED auf die Gremien der Universitäten. In der sog. Dritten Hochschulreform 1967/68 verloren schließlich die alten Ordinarien mit der Zusammenlegung jeweils mehrerer Institute, die traditionell von ihnen dominiert worden waren, zu Sektionen ihre letzte Bastion in den Hochschulen<sup>63</sup>. Schon vorher hatten sie die Kontrolle über den Zugang zum Beruf des Hochschullehrers sukzessive verloren, in dem die Auslese nach wissenschaftlichen Leistungen zunehmend durch politische Kriterien und Kaderplanung ergänzt, in einigen Fächern sogar ersetzt wurde<sup>64</sup>.

Allerdings verlief dieser Prozeß in den einzelnen Wissenschaftsdisziplinen in einem durchaus unterschiedlichen Tempo und mit einem unterschiedlichen Grad der Politisierung. Besonders die älteren Professoren der naturwissenschaftlichen Fächer und der medizinischen Fakultäten, in denen die Entnazifizierung 1945/46 für viele nur eine Episode blieb, konnten sich wegen der chronischen Personalknappheit bis in die frühen sechziger Jahre behaupten und an ihrem traditionellen Berufsethos zweckfreier unpolitischer Wissenschaft und der Auslese des Nachwuchses nach individueller Leistung in einem Konkurrenzverfahren festhalten<sup>65</sup>. Die entscheidende Ursache für ihre starke Stellung war die Existenz eines gesamtdeutschen wissenschaftlichen Arbeitsmarktes und damit die Möglichkeit gerade der besonders angesehenen Professoren einen Lehrstuhl an einer westdeutschen Universität oder eine führende Position in einem Max-Planck-Institut zu erhalten. Der Mauerbau 1961 bedeutete daher eine tiefe Zäsur im Hochschulwesen. Während eine neue Generation von bereits in der DDR sozialisierten und von der SED protegierten Nachwuchswissenschaftlern zur Übernahme der freiwerdenden oder neuen Stellen bereit-

<sup>61</sup> Vgl. Marianne und Egon Erwin Müller, „... stürmt die Festung Wissenschaft!“ Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin-Dahlem 1953; Ernst Richert, „Sozialistische Universität“. Die Hochschulpolitik der SED, Berlin 1967, bes. S. 59-76; Herbert Stallmann, Die Anfänge des Arbeiter- und Bauernstudiums in der SBZ/DDR, in: Manfred Heinemann (Hrsg.), Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981, S. 268-277; Jessen, Akademische Elite, S. 147-174.

<sup>62</sup> Die Zahl der Mitarbeiter der Akademie stieg von 131 im Jahre 1946 auf 12.923 im Jahr 1967. Vgl. Peter Nötzoldt, Der Weg zur „sozialistischen Forschungsakademie“: Der Wandel des Akademiegedankens zwischen 1945 und 1968, in: Hoffmann/Macrakis (Hrsg.), Naturwissenschaft, S. 125-146, hier S. 125. Vgl. zur Entwicklung der Akademie auch Werner Hartkopf, Die Akademie der Wissenschaften der DDR. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte, Berlin (Ost) 1975; Rudolf Landrock, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1945-1971. Ihre Umwandlung zur sozialistischen Forschungsakademie, Bde. 1-3, Erlangen 1977.

<sup>63</sup> Vgl. Jessen, Akademische Elite, S. 193-206.

<sup>64</sup> Vgl. ebenda, S. 51-134.

<sup>65</sup> Vgl. ebenda, S. 432 f.

stand, verloren die älteren Professoren auch der naturwissenschaftlichen Fächer und der Medizin die Alternative, nach Westdeutschland zu gehen, und mußten sich stärker als zuvor dem herrschenden System anpassen.

Die soziale Exklusivität des Hochschullehrerberufes nahm, nach der ersten Öffnung des Zugangs zur Professur für einzelne intellektuelle kommunistische Quer-einsteiger, mit der zunehmenden Rekrutierung von Wissenschaftlern mit proletarischem Familienhintergrund ab. Die Entbürgerlichung<sup>66</sup> erstreckte sich jedoch, vor allem in den ideologieneutralen Fächern, in der der Staat auf die Fachkompetenz der Professoren angewiesen war, über einen sehr viel längeren Zeitraum als in anderen Bereichen der Gesellschaft. Hier waren noch bis weit in die sechziger Jahre starke Kontinuitäten zu deutschen Traditionen und das Hochhalten bildungsbürgerlicher Ideale zu erkennen.

Das gleiche gilt für die Ärzteschaft. Trotz des besonders hohen Anteils von Mitgliedern der NSDAP unter den Ärzten waren diese – mit Ausnahme der politisch belasteten Amtsärzte – bei der Entnazifizierung sehr glimpflich davongekommen<sup>67</sup>, da man sie angesichts der Seuchengefahr und der im Vergleich zu Westdeutschland gegebenen medizinischen Unterversorgung<sup>68</sup> dringend benötigte. Auch hier hat die Existenz eines gesamtdeutschen Arbeitsmarktes – bis 1961 verließen 7.500 Ärzte oder die Hälfte des Ärztebestandes von 1946 die Sowjetzone bzw. die DDR<sup>69</sup> – eine schnelle, radikale Transformation verhindert. Angesicht der traditionellen Distanz der Ärzte zu den Arbeiterparteien hat es auch eine starke Parteiärzteschaft – wie im Nationalsozialismus – nicht gegeben.

Die den Berufsstand der Ärzte und das Gesundheitswesen betreffenden Veränderungen knüpften im wesentlichen an sozialdemokratische Reformkonzeptionen in der Weimarer Republik an, die z.T. über die Sowjetunion reimportiert und vom sowjetischen Vorbild überformt wurden<sup>70</sup>. Insgesamt kann man jedoch nicht von einer tiefgreifenden Sowjetisierung des Gesundheitswesens sprechen. Der Unterschied zu Westdeutschland lag einmal in der schärferen Betonung von Prävention

<sup>66</sup> Vgl. ebenda, S. 372–427; Ralph Jessen, Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor. Die Neukonstruktion des Hochschullehrerberufs in der SBZ/DDR, 1945–1969, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft der DDR*, Göttingen 1996, S. 76–102.

<sup>67</sup> Vgl. Anna-Sabine Ernst, „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster u.a. 1997, S. 143–206.

<sup>68</sup> In der Ostzone hatte ein Arzt 1946 rund 1.400 Einwohner zu betreuen, in den Westzonen nur 800. Vgl. Anna-Sabine Ernst, *Von der bürgerlichen zur sozialistischen Profession? Ärzte in der DDR 1945–1961*, in: Bessel/Jessen (Hrsg.), *Grenzen der Diktatur*, S. 25–48, hier S. 27.

<sup>69</sup> Vgl. Ernst, *Prophylaxe*, S. 54 f.; Die Zahlen, die primär anhand des Notaufnahmeverfahrens ermittelt wurden, schließen die Zahnärzte nicht ein und dürften noch zu niedrig gegriffen sein. Nach der Volkszählung in der Bundesrepublik 1961 stammten 8.740 der in der Bundesrepublik lebenden Ärzte aus der DDR.

<sup>70</sup> Vgl. ebenda, S. 25 f.; Ernst, *Von der bürgerlichen zur sozialistischen Profession?*, S. 25; Philip Manow, *Entwicklungslinie ost- und westdeutscher Gesundheitspolitik zwischen doppelter Staatsgründung, deutscher Einigung und europäischer Integration*, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 43 (1997), S. 101–131.



und Früherkennung von Krankheiten sowie in der stärkeren Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung<sup>71</sup>. Hinzu kam, daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht faktisch das Ende der Privatpraxis bedeutete. Da neue Zulassungen bei der Niederlassung von Ärzten seit 1949 praktisch nicht mehr vergeben wurden<sup>72</sup>, wurde das Gesundheitswesen zudem sukzessive verstaatlicht. Der Anteil der Freiberufler unter den Ärzten ging von über der Hälfte 1949 auf gut ein Fünftel 1960 zurück<sup>73</sup>. In der ambulanten Versorgung ersetzten Polikliniken, Ambulatorien und das Betriebsgesundheitswesen zunehmend die frei praktizierenden Ärzte<sup>74</sup>. Die ärztlichen Standesorganisationen und kassenärztlichen Vereinigungen wurden liquidiert. Eine eigenständige Interessenvertretung der Ärzte, die sich schließlich mit den übrigen Heilberufen in die Gewerkschaft Gesundheitswesen des FDGB eingliedern mußten, wurde nicht zugelassen<sup>75</sup>.

Eine Dequalifizierung der Ärzte fand jedoch nicht statt. Das zeitweise gefährdete, weitgehende ärztliche Behandlungsmonopol blieb gewahrt. In Abweichung von der deutschen Tradition, in der insbesondere bei der ambulanten Versorgung und der Versorgung mit Medikamenten und medizinischen Hilfsmitteln die privaten Anbieter von Gesundheitsleistungen dominieren, wurde das Gesundheitswesen der DDR, trotz der Erhaltung eines minimalen privaten Sektors, auch als Konsequenz des Kampfes gegen die „bürgerlichen“ Grundlagen der Gesundheitsberufe im Prinzip in allen Bereichen verstaatlicht, zumal die Erhaltung der Gesundheit als Aufgabe des Staates angesehen wurde. Es gab jedoch auch erhebliche Elemente der Kontinuität, die bis 1961 im gesamtdeutschen Ärztemarkt und in der Institution der Kliniken mit ihren hierarchischen Strukturen und ihrer Bedeutung für die Sozialisation der jungen Ärzte, aber auch im Berufsethos und im bürgerlichen Selbstverständnis vieler Ärzte in der DDR lagen<sup>76</sup>.

Auch bei der Umgestaltung des Ingenieurberufes<sup>77</sup> wurden die Grenzen der SED-Diktatur und starke Kontinuitäten zur Zeit vor 1945 deutlich. Der gesamtdeutsche Arbeitsmarkt für Ingenieure bis 1961 und der Mangel an hochqualifizierten Spezialisten, insbesondere im Maschinenbau, legten eine pflegliche Behandlung der älteren, erfahrenen Ingenieure nahe. Zur Kompensation der durch die „Republik-

<sup>71</sup> Zu den Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Gesundheitspolitik des NS-Systems, der Bundesrepublik und der DDR vgl. die scharfsinnige Studie von Winfried Süß, *Gesundheitspolitik*, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998, S. 55-100.

<sup>72</sup> Vgl. Ernst, *Prophylaxe*, S. 33.

<sup>73</sup> Vgl. ebenda, S. 34.

<sup>74</sup> Vgl. ebenda, S. 28-36; vgl. auch Jürgen Wasem, *Vom staatlichen zum kassenärztlichen System. Eine Untersuchung des Transformationsprozesses der ambulanten ärztlichen Versorgung in Deutschland*, Frankfurt a.M./New York 1997, S. 43-49.

<sup>75</sup> Vgl. Ernst, *Prophylaxe*, S. 73-89.

<sup>76</sup> Vgl. ebenda, S. 341-343.

<sup>77</sup> Vgl. dazu Dolores L. Augustine, *Frustrierte Technokraten. Zur Sozialgeschichte des Ingenieurberufs in der Ulbricht-Ära*, in: Bessel/Jessen (Hrsg.), *Grenzen der Diktatur*, S. 49-75; Dolores L. Augustine, *Zwischen Privilegierung und Entmachtung: Ingenieure in der Ulbricht-Ära*, in: Hoffmann/Macrakis (Hrsg.), *Naturwissenschaft*, S. 173-191.

flucht“ entstandenen Verluste, aber auch aus ideologischen Gründen forcierte die SED-Führung den Aufbau einer proletarisierten und auch stärker feminisierten „neuen technischen Intelligenz“. Der Einsatz der neu ausgebildeten Jungingenieure traf aber vielfach auf Widerstände in den Betrieben, die sich weigerten, ihre bisherigen Mitarbeiter, die keinen Hoch- oder Fachschulabschluß hatten, zur Räumung von Planstellen zu zwingen.

Wenn im Zusammenhang mit der stärkeren Akzeptanz der Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Revolution im „Neuen Ökonomischen System“ der zunächst starke ideologische und politische Druck auf die Ingenieure auch abgeschwächt wurde, erhielten die Ingenieure doch nicht die Schlüsselstellung in den Betrieben, die sie erwartet hatten. Zudem behinderten der Betriebsegoismus und die generationelle Spaltung des Ingenieurberufes die zentrale Steuerung des Arbeitsmarktes für die „technische Intelligenz“. Die Einkommensnivellierung, auf Grund derer die Gehälter der Ingenieure meist kaum über den sehr viel stärker gestiegenen Facharbeiterlöhnen lagen, widersprach den Kriterien der Leistungsorientierung. Der historisch tief verwurzelte Berufsethos der Ingenieure, die sich vielfach als unpolitische technische Spezialisten der modernen Industriegesellschaft verstanden, rieb sich mit den ideologischen Vorgaben der SED. Aufgrund der aus der täglichen Arbeit gewonnenen Einblicke in die Widersprüche des Systems der Planwirtschaft gingen viele Ingenieure auch auf Distanz zur Technik- und Wirtschaftspolitik des Regimes, das de facto die Idealvorstellung der SED von aus dem Proletariat kommenden, ideologisch im Marxismus-Leninismus wurzelnden Ingenieuren, die sich ganz dem Aufbau des Sozialismus verpflichteten, gegenüber dem überkommenen Berufsbild meist nicht durchsetzen konnte<sup>78</sup>.

Die wohl stärkste Kontinuität zur Zeit vor 1945 – übrigens auch nach der Vereinigung 1990 zur DDR-Zeit – gab es bei den Kirchen und ihren Geistlichen. Von der Entnazifizierung waren die Kirchen trotz der vielen NSDAP-Mitglieder unter den protestantischen Pfarrern nur ganz am Rande betroffen worden, da die SMAD und unter ihrem Einfluß auch die deutschen Kommunisten das Prinzip der Selbstreinigung der Kirchen weitgehend akzeptierten<sup>79</sup>. Die katholische Kirche, die im Osten Deutschlands in einer Diaspora-Situation war, verblieb in bewußter Distanz zum Regime und konnte ihre Autonomie und ihre von der SED-Führung mit zunehmender Schärfe abgelehnte Verbindung zum westdeutschen Katholizismus weitgehend behaupten<sup>80</sup>. Auch das protestantische Milieu blieb zunächst intakt. Die evangeli-

<sup>78</sup> Vgl. Augustine, *Frustrierte Technokraten*, S. 68f.

<sup>79</sup> Vgl. Christoph Kleßmann, *Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus in der DDR*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 29-53, hier S. 34 f.

<sup>80</sup> Vgl. Ulrich von Hehl/Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Der Katholizismus – gesamtdeutsche Klammer in den Jahrzehnten der Teilung? Erinnerungen und Berichte*, Paderborn u.a. 1996; Ulrich von Hehl/Wolfgang Tischner, *Die katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945-1990*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Bd. VI: *Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur*, Baden-Baden 1995, S. 875-949.

schen Kirchen konnten ihren Grundbesitz trotz der Bodenreform behalten; die kirchlichen Ausbildungsstätten blieben bestehen. Die diakonische Arbeit vor allem in der Alten- und Behindertenpflege konnte, zumal die staatlichen Institutionen den Bedarf nicht decken konnten, fortgesetzt werden. In der Rekrutierung der Pfarrer gab es ein hohes Maß an Kontinuität. Über ein Drittel der Väter der Pfarrer hatten eine abgeschlossene universitäre Ausbildung, meist in Theologie, ein Viertel der Pfarrer waren Pfarrersöhne und ein Fünftel der Pfarrfrauen waren Töchter von Pfarrern<sup>81</sup>. Das spannungsgeladene wechselvolle Verhältnis des SED-Staates zu den evangelischen Kirchen und die Beziehungen zwischen den west- und ostdeutschen Landeskirchen, die in der Forschung intensiv behandelt worden sind<sup>82</sup>, können hier nur kurz angedeutet werden. In den fünfziger Jahren standen neben der scharfen Repression in einem heftigen Kirchenkampf, der sich vor allem gegen den Einfluß der Kirchen auf die Jugend richtete und die Bildungschancen christlicher Jugendlicher entscheidend beeinträchtigte, die Versuche, über die ostdeutsche Landeskirche die 1948 in Eisenach konstituierte EKD (Evangelische Kirche Deutschlands) für die Deutschlandpolitik der DDR zu gewinnen. Nach der offiziellen Akzeptanz der Theorie von den zwei deutschen Staaten 1955 nahm die DDR den von der EKD mit der Bundesrepublik 1957 geschlossenen Militärseelsorgevertrag zum Anlaß, der EKD die Anerkennung als gesamtkirchliche Vertretung zu entziehen und zu versuchen, die ostdeutschen Landeskirchen für ihren Kampf gegen den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und für die internationale Anerkennung der DDR zu instrumentalisieren. Bis zu der von der SED-Führung 1969 schließlich mit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR erzwungenen, auch formellen Loslösung der Landeskirchen der DDR von der EKD war diese trotz ihrer zunehmenden Handlungsunfähigkeit in Ost-West-Fragen und inneren Angelegenheiten der DDR<sup>83</sup> die wichtigste gesamtdeutsche Klammer.

Unter dem Druck der SED, die einen militanten Atheismus propagierte und den Kampf gegen Kirchen und Religion als immanenten Teil des Klassenkampfes betrieb, aber auch auf Grund der langfristigen Tendenzen zur Säkularisierung kam es zur zunehmenden Einengung des protestantischen Milieus. Mit der aus der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung kommenden Jugendweihe wurde gegen den vergeblichen Widerstand der Kirchen ein Ersatzritual für die traditionelle Konfirmation durchgesetzt<sup>84</sup>. Mit dem massenhaften Austritt aus den Kirchen, denen schließlich

<sup>81</sup> Vgl. Kleßmann, Sozialgeschichte, S. 32.

<sup>82</sup> Vgl. insbesondere das dreibändige Werk von Gerhard Besier, *Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung*, München 1993; *Der SED-Staat und die Kirche (1969–1990). Die Vision vom „Dritten Weg“*, Berlin 1995; *Der SED-Staat und die Kirche. Höhenflug und Absturz*, Berlin 1995; vgl. weiter Martin G. Goerner, *Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945–1958*, Berlin 1997, sowie die Beiträge in: *Materialien*, Bd. VI.

<sup>83</sup> Vgl. Reinhard Henkys, *Die Kirchen im SED-Staat zwischen Anpassung und Widerstand*, in: Weber (Hrsg.), *SED-Staat*, S. 199–243, hier S. 214.

<sup>84</sup> Vgl. Detlef Urban/Hans Willi Weinzen, *Jugend ohne Bekenntnis? 30 Jahre Konfirmation und Jugendweihe im anderen Deutschland 1954–1984*, Berlin 1984.

nur noch eine Minderheit der Bevölkerung angehörte, verloren diese ihren Charakter als Volkskirchen<sup>85</sup> und wesentliche kulturelle Kraft. Immerhin gelang es aber den evangelischen Kirchen mit einer schwierigen Gratwanderung zwischen Anpassung und Resistenz ihre Gleichschaltung zu verhindern und einen erheblichen Grad an Autonomie zu bewahren. Sie bildeten so schließlich ein Dach, unter dem sich die Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsbewegungen entwickeln konnten, die wesentlich an der Auslösung der friedlichen Revolution 1989 beteiligt waren.

Diese Analysen der Grenzen der SED-Diktatur dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gesellschaft schon bis 1961 grundlegend verändert worden war. Der Adel verlor mit der Bodenreform seine ökonomische Basis und spielte keine eigenständige Rolle mehr. Das traditionelle Besitzbürgertum verschwand mit der Verstaatlichung von Industrie, Großhandel und Banken. Das Bildungsbürgertum konnte sich – wie erwähnt – in Restbeständen besonders bei Pfarrern, Ärzten und Teilen der Hochschullehrerschaft vor allem bis zum Mauerbau behaupten<sup>86</sup>, wurde aber marginalisiert und verlor seine vorher für weite Kreise der Bevölkerung maßgebliche Vorbildfunktion für Lebensweise und Wertvorstellungen. Die Auflösung der Beamtenschaft bedeutete den radikalen Abbruch einer tief verwurzelten, in starkem Maße verhaltensprägenden deutschen Institution. Die neue, sehr heterogene Schicht der „sozialistischen Intelligenz“ zeigte in der besonderen Nähe zum Staat Affinitäten zu dem früheren Bildungsbürgertum und der Beamtenschaft, wich aber in ihrer Ausrichtung am Sozialismus und der SED von älteren Wertvorstellungen und Verhaltensweisen völlig ab. Insgesamt bedeutete die weitgehende Verdrängung der alten Eliten in der DDR einen schweren Verlust an ökonomischem Potential und kulturellem Kapital, der bis zum Ende des Regimes nicht wettgemacht werden konnte.

Das Kleinbürgertum der gewerblichen Selbständigen konnte sich trotz scharfer Verfolgungen etwa mittels Steuergesetzen in den fünfziger Jahren noch weitgehend halten. Später wurde ihm jedoch durch die weitere Verstaatlichung des Handels bzw. die genossenschaftliche Organisation des Handwerks die wirtschaftliche Basis entzogen. Da aber kleinbürgerliche Werte und Lebensweisen eine starke Anziehungskraft auch auf die Arbeiterschaft gehabt hatten, wurden sie in der DDR teilweise konserviert.

Eine völlige Umwandlung erfuhr die ländliche Gesellschaft. Während die dörflichen Sozialstrukturen und die ländlichen Verhaltensweisen sich in Westdeutschland ebenfalls stark veränderten, dies aber unter dem Einfluß der Einebnung der Unterschiede zwischen Stadt und Land durch Massenmotorisierung, Massenkonsum und Massenkommunikationsmittel, der schwierigen Integration der Flüchtlinge und der Abschwächung konfessioneller Differenzen geschah<sup>87</sup>, war der Wandel in der DDR

<sup>85</sup> Vgl. Dedef Pollack, Von der Volkskirche zur Minderheitskirche. Zur Entwicklung von Religiosität und Kirchlichkeit in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, S. 271–294.

<sup>86</sup> Vgl. Christoph Kleßmann, Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, S. 254–270.

<sup>87</sup> Vgl. Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1993; ders., Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen

vor allem politisch bedingt. Mit der von der Sowjetunion mit Unterstützung der KPD durchgesetzten radikalen Bodenreform<sup>88</sup> – der entschädigungslosen Enteignung der Besitzer der gerade in weiten Teilen Ostdeutschlands die Landwirtschaft stark prägenden großen Güter – wurde die landwirtschaftliche Besitzstruktur wesentlich verändert und die traditionelle soziale und weitgehend auch politische Dominanz des sog. „Junker“ beendet. Die an die Bodenreform geknüpften weiteren ökonomischen, sozialen und politischen Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Die agrarische Produktion ging stark zurück und trug wesentlich zur akuten Ernährungskrise der frühen Nachkriegszeit bei<sup>89</sup>. Es entstanden zudem massive Spannungen zwischen Alt- und Neubauern, die vor allem auf der unzureichenden Ausstattung der neuen Betriebe mit Vieh, Maschinen, Inventar und Gebäuden und der Abhängigkeit der Neubauern von der oft nur widerwillig oder gar nicht gegebenen Hilfe der alteingesessenen Landwirte beruhten<sup>90</sup>. Die Bodenreform leistete auch keinen dauerhaften wesentlichen Beitrag zur Integration der Vertriebenen, die unter den Neubauern vielfach noch besonders benachteiligt wurden<sup>91</sup>.

In den Dörfern und zunächst auch in der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ gaben meist die Großbauern mit einem Betrieb von mehr als 20 ha weiter den Ton an. Auch politisch ging die Rechnung der SED, mit den Neubauern eine starke eigene Klientel auf dem Land zu schaffen, nicht auf. Obwohl die SED bei den Gemeindewahlen vom September 1946 in den Dörfern Mecklenburgs, in denen der Großgrundbesitz stark verbreitet gewesen war und es daher besonders viele Neubauern gab, überdurchschnittliche Erfolge erzielen konnte, blieb die Bindung an die SED prekär. Der Anteil der Landwirte an den SED-Mitgliedern blieb mit 5,8 Prozent in der SBZ im Mai 1947 niedrig<sup>92</sup>. Viele Neubauern gaben ihr Land auch wieder auf und distanzieren sich desillusioniert von der SED, in deren Mitgliedschaft die

---

Flüchtlingenzustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988, S. 367–425; Peter Exner, *Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919–1969*, Paderborn 1997.

<sup>88</sup> Vgl. Arnd Bauerkämper (Hrsg.), „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996.

<sup>89</sup> Vgl. dazu am Beispiel Sachsen Ulrich Kluge, „Die Bodenreform ist in erster Linie eine politische Angelegenheit“. Agrarstruktureller Wandel in Sachsen 1945/46, in: Bauerkämper, *Junkerland*, S. 103–117, hier S. 116 f.

<sup>90</sup> Vgl. Arnd Bauerkämper, Auf dem Wege zum „Sozialismus auf dem Lande“. Die Politik der SED 1948/49 und die Reaktionen in dörflich-agrarischen Milieus, in: Hoffmann/Wentker (Hrsg.), *Das letzte Jahr der SBZ*, S. 245–268, bes. S. 250 f.; Arnd Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR 1945–1952, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, S. 119–143, bes. 122–125.

<sup>91</sup> Vgl. Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 125–128; Wolfgang Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Bauerkämper (Hrsg.), *Junkerland*, S. 133–151. Zur Vertriebenenpolitik der SBZ/DDR vgl. Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.), *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Einliederung in der SBZ/DDR*, München 1999.

<sup>92</sup> Vgl. Bauerkämper, „Sozialismus auf dem Lande“, S. 250.

Landwirte einen erheblich geringeren Anteil stellten als in der LDPD und in der CDU oder gar in der z.T. als Reaktion auf die mangelnde Unterstützung der SED auf dem Lande gegründeten, allerdings von vornherein gleichgeschalteten Demokratischen Bauernpartei Deutschlands<sup>93</sup>.

Bereits 1948/49 wurde auch als Ausdruck des Klassenkampfes auf dem Lande die Agitation gegen die Großbauern verschärft, die Agrarpolitik der SED radikalisiert und der staatliche Sektor der Landwirtschaft ausgeweitet. Nach der Ablehnung der Stalin-Noten vom März/April 1952 erfolgte im Zusammenhang mit der Verkündung des Aufbaus des Sozialismus durch die zweite Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 der Übergang zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Ursachen dafür lagen offenbar weniger in der Strukturkrise der klein- und neubäuerlichen Betriebe als in dem machtpolitisch motivierten Ziel der Festigung der SED-Herrschaft auf dem Lande<sup>94</sup>.

Nachdem als eine der Reaktionen auf den Schock des Aufstandes vom Juni 1953 der Druck zur Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zunächst verringert und von der SED eine weniger radikale Strategie zur Durchsetzung des Sozialismus auf dem Lande verfolgt worden war, wurde schließlich in den ersten Monaten des Jahres 1960 durch eine vehemente Propagandakampagne und eine Mischung von Anreizen und massiven Druck- und Zwangsmitteln die Vollkollektivierung der Landwirtschaft durchgesetzt. Schon Mitte 1960 bewirtschafteten die 19.000 landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, die in ihrer weiteren Entwicklung immer häufiger den Charakter spezialisierter Großbetriebe mit einer industriemäßigen Produktionsweise annahmen, über 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während weitere sechs Prozent auf volkseigene Güter entfielen<sup>95</sup>.

Im Zuge des Transformationsprozesses auf dem Lande verschwanden neben den Gutsbesitzern und den auf den Gütern beschäftigten Landarbeitern, die in der diffusen Großgruppe der „Staatsangestellten“ auf dem Lande aufgingen, bis auf wenige Ausnahmen auch die selbständigen Bauern und der bäuerliche Familienbetrieb, der die Landwirtschaft der Bundesrepublik prägt. Die traditionelle Dorfkultur und die überkommenen Lebensweisen wurden zerstört, die Herrschaft der SED wurde auch auf dem Lande fest verankert. Kennzeichnend für die DDR waren weiter die Angleichung der landwirtschaftlichen Arbeitsbedingungen an die in den Industrien und – ein Ausdruck des Modernisierungsrückstandes – der im Vergleich zu Westdeutschland sehr viel höhere, nach der Vereinigung 1990 radikal reduzierte Anteil der Beschäftigten der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen<sup>96</sup>.

<sup>93</sup> Vgl. ebenda, S. 252.

<sup>94</sup> Vgl. Theresia Bauer, Sozialistische Formierung auf dem Land. Die Vollkollektivierung in der DDR 1957–1963, in: Bauer/Süß (Hrsg.), NS-Diktatur, S. 121–150, hier S. 129.

<sup>95</sup> Vgl. Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation, S. 318.

<sup>96</sup> Der Anteil der Erwerbstätigen in Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei an allen Erwerbspersonen war in der Bundesrepublik bis 1987 auf 3,2 % gesunken. Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Volkszählung vom 25. Mai 1987, Fachserie 1, Heft 4, S. 84 f. In der DDR lag der Anteil 1989 noch bei 10,8 %, fiel aber nach der Vereinigung bis 1993

Das klassische, proletarisch geprägte Arbeitermilieu bröckelte auch in der DDR langsam ab, konnte sich aber sehr viel länger behaupten als in der Bundesrepublik. Das hing mit der Industrialisierungspolitik der DDR, der Umwerbung der Facharbeiterschaft der Industrie als wichtigster Klientel der SED, der Förderung der Großbetriebe, der verzögerten Umsetzung des technologischen Wandels und dem weitgehenden Verzicht auf den für moderne Gesellschaften typischen starken Ausbau des Dienstleistungssektors zusammen. Die DDR war so eine strukturkonservative Industriegesellschaft.

Die Arbeiterschaft hatte zwar nie die von der SED monopolisierte Macht im Staate. Dennoch war die offizielle Ideologie, nach der die DDR ein Arbeiter- und Bauernstaat unter der Führung der Arbeiterklasse war, auch für die Politik, das Arbeitsrecht und die Arbeits- und Lebenswelt von Bedeutung<sup>97</sup>. Die Berufung auf die Unterstützung der Arbeiterschaft, die aus der Sicht der Herrschenden die treibende Kraft der Geschichte und ihrer „Gesetzmäßigkeiten“ war, bildete die wichtigste Legitimation des Staates. Die Arbeiterschaft zufriedenzustellen war daher, insbesondere nach der traumatischen Erfahrung des Aufstandes vom Juni 1953, ein zentrales Anliegen der SED-Führung. Es bestimmte zunehmend die Ausrichtung der Sozialpolitik, verhinderte eine aus wirtschaftlichen Gründen wünschenswerte größere Differenzierung der Löhne und Gehälter und ließ die Führung immer wieder vor effektiven Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung durch Erhöhung der Arbeitsnormen, vor der Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge und dem Abbau von ökonomisch unsinnigen Subventionen zurückschrecken. Die offizielle Hochschätzung der Arbeiterschaft kommt auch darin zum Ausdruck, daß insbesondere die ältere Generation der SED-Führung ihre Herkunft aus der Arbeiterschaft betonte und daß in der Selbsteinschätzung neben den Arbeitern auch viele Angestellte und Angehörige der „technischen Intelligenz“ sich als Angehörige der Arbeiterklasse bezeichneten, während in der Bundesrepublik die Mehrheit der Bevölkerung sich als Angehörige der Mittelschicht ansieht<sup>98</sup>.

Mit der Verstaatlichung der Arbeiterbewegung verloren die Arbeiter ihre autonome Interessenvertretungen. Die SBZ/DDR knüpften zwar in der Organisationskultur, im Habitus und in den Ritualen an die ältere Kultur insbesondere des kom-

---

auf nur noch 4,3 % (Doris Schwarzer, Arbeitsbeziehungen im Umbruch gesellschaftlicher Strukturen. Bundesrepublik Deutschland, DDR und neue Bundesländer im Vergleich, Stuttgart 1996, S. 160).

<sup>97</sup> Das betont zu Recht Christoph Kleßmann, Arbeiter im „Arbeiterstaat“: Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell und westdeutsches Magnetfeld, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 50/2000, S. 20-28.

<sup>98</sup> Vgl. Alexander von Plato, Arbeiter-Selbstbilder in der DDR, in: Hübner/Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter, S. 867-881, hier S. 873 f. Die Unterschiede in der Selbsteinschätzung in einem sozialen Schichtungssystem im Osten und im Westen Deutschlands bestanden auch nach der Vereinigung weiter. So zählten sich 1993 in Westdeutschland nur 29 % der Befragten zur Unter- und Arbeiterschicht, 14 % zur oberen Mittel- und Oberschicht und eine klare Mehrheit von 58 % zur Mittelschicht. In Ostdeutschland rechneten sich dagegen 59 % zur Unter- und Arbeiterschicht, 40 % zur Mittelschicht und nur 2 % zur oberen Mittel- und Oberschicht. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1994, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1994, S. 579-581.

munistischen Flügels der Arbeiterbewegung in modifizierter Form – meist an Betrieb oder Gewerkschaften gebunden – an<sup>99</sup>. Sie lehnte aber eine unabhängige organisatorische Vertretung von Arbeiterinteressen scharf ab. So wurden die Betriebsräte, die nach Kriegsende versuchten, das durch die Enteignung früherer Besitzer und die Ausschaltung der meisten Manager entstandene Machtvakuum auszufüllen und die Betriebe von der Basis aus neu aufzubauen, in ihrer Arbeit behindert und 1948 aufgelöst<sup>100</sup>.

Auch die Einheitsgewerkschaft des FDGB wurde der Führung und engen Kontrolle der SED unterworfen und dabei nach sowjetischem Modell von einer Interessenorganisation der Arbeitnehmer zu einer Massenorganisation umgewandelt, deren Hauptaufgabe die Durchsetzung der SED-Politik bei ihren Mitgliedern war<sup>101</sup>. Dieser Prozeß war mit der Ausschaltung der ursprünglich aus der SPD kommenden Gewerkschaftsfunktionäre und der scharfen Wendung gegen „trade-unionistisches Bewußtsein“ und „Sozialdemokratismus“ verbunden<sup>102</sup>. Statt Tarifverträge auszuhandeln und eine Steigerung der Löhne und Gehälter letztlich auch mit Streikdrohungen zu erzielen, wurden die Gewerkschaften zu Instrumenten, denen eine zentrale Rolle bei der Erfüllung der Wirtschaftspläne und der Steigerung der Produktion zufiel. Die Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben haben aber vor allem seit den sechziger Jahren wieder verstärkt versucht, auch die Interessen ihrer Mitglieder zur Geltung zu bringen, so daß die Spannung zwischen dem sowjetischen Modell der Staatsgewerkschaft als Träger von Produktionskampagnen und der deutschen Tradition der Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitnehmer nie vollständig aufgehoben wurde<sup>103</sup>. Auch waren die Gewerkschaften als Träger der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, als wichtige Institutionen in der betrieblichen Sozialpolitik und Kulturarbeit sowie wegen ihrer Rolle bei der Gewährung von Prämien und der Zuteilung von Ferienplätzen in der Arbeits- und Lebenswelt der Menschen der DDR stark verankert.

Die innere Bindung an die Gewerkschaften war jedoch offensichtlich gering und die Einschätzung ihrer Führung bei den Mitgliedern verheerend. Das zeigte sich

<sup>99</sup> Vgl. Dieter Mühlberg, Warum sollten wir wissen, was Arbeiter sind und was sie in der Freizeit machen? Zur Bestimmung von Arbeiterkultur in der DDR, in: Wolfgang Kaschuba/Gottfried Korff/Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.), Arbeiterkultur seit 1945 – Ende oder Veränderung? Tübingen 1991, S. 71-84, hier S. 79f.

<sup>100</sup> Vgl. Siegfried Suckut, Die Betriebsrätebewegung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945–1948). Zur Entwicklung und Bedeutung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzeptes der KPD/SED vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, Frankfurt a.M. 1982.

<sup>101</sup> Vgl. Ulrich Grill, FDGB. Die DDR-Gewerkschaft von 1945 bis zu ihrer Auflösung 1990, Köln 1991. Gegen eine zugespitzte Beurteilung der DDR-Gewerkschaften entweder als Erfüllungshelfen des Systems oder informeller Interessenvertretung wendet sich Helke Stadtfand, Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheiten. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945–1953, Essen 2001.

<sup>102</sup> Vgl. Detlev Brunner, Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis in die frühen 1950er Jahre, Essen 2000.

<sup>103</sup> Vgl. Kleßmann, Arbeiter, S. 24.



1989/90, als – im Unterschied zur teilweisen Fortführung der SED in der PDS – die Versuche, auch die Gewerkschaften über den Zusammenbruch der DDR zu retten und ihnen in der Regierungszeit Modrows über eine Verfassungsänderung und ein Gewerkschaftsgesetz sogar eine zentrale Machtstellung im Staate zu verschaffen<sup>104</sup>, kläglich scheiterten<sup>105</sup>. Nicht die Gewerkschaften, sondern die nach sowjetischem Vorbild auf betrieblicher Ebene als Zusammenschlüsse der Arbeitnehmer gebildeten Arbeitsbrigaden wurden die wichtigsten Instrumente einer allerdings begrenzten kollektiven Interessenvertretung der Arbeitnehmer<sup>106</sup>. Ihre Rolle ist vor allem von Peter Hübner, der die Felder und die Formen von Arbeitskonflikten und die Art ihrer informellen Regelung in der DDR intensiv untersucht hat<sup>107</sup>, hervorgehoben worden.

Die SED-Führung hatte so einen ständigen, schwierigen Balanceakt zwischen ihren gesellschaftspolitischen Zielen und der sozialen Befriedung der Arbeiterschaft zu vollführen, der ihre Handlungsfreiheit gerade auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wesentlich einengte, während er der Arbeiterschaft allerdings eng begrenzte Freiräume eröffnete<sup>108</sup>. Trotz ihrer ideologischen Fixierung auf die Arbeiterschaft als führende Klasse des Staates und ihres Bemühens, den Arbeiterinteressen Priorität gegenüber den Interessen anderer sozialer Schichten einzuräumen, ist es der SED jedoch nicht gelungen, die Arbeiterschaft dauerhaft an sich zu binden. So ist es kennzeichnend, daß bei den ersten freien Wahlen in der DDR nach dem Fall der

<sup>104</sup> „Gesetz zur Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 6.3. 1990, und „Gesetz über die Rechte der Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 6.3. 1990, beide Gesetze in: Gesetzblatt (der DDR) 1990 I, S. 109 bzw. 110 f.; Das Gesetz, das den Alleinvertretungsanspruch der Gewerkschaften für die Arbeitnehmer vorsah, enthielt u.a. ein Initiativrecht der Gewerkschaften in der Gesetzgebung, den grundsätzlichen Ausschluß von Schadensansprüchen gegen Gewerkschaften bei Arbeitskämpfen, die Fortzahlung der Löhne und Gehälter bei mittelbar durch einen Arbeitskampf bedingten Produktionsstörungen und das Verbot von Aussperrungen, die Nichtberücksichtigung der als Konkurrenz der Betriebsgewerkschaftsleitungen angesehenen Betriebsräte und die materielle Absicherung des Funktionsapparats der DDR-Gewerkschaften. Die noch weitergehenden Vorschläge eines Gewerkschaftskongresses vom 31.1.-1.2. 1990 sahen darüber hinaus ein Veto-Recht der Gewerkschaften bei allen Gesetzen und Rechtsvorschriften „zu den Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen wie Entlohnung, Sozial- und Rentenrecht, Preise und Besteuerung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Umweltschutz“ sowie das Recht zur Ausrufung eines Generalstreiks vor. Text der vom Kongress vorgeschlagenen Verfassungsänderungen und des Entwurfs eines Gewerkschaftsgesetzes, in: Schwarzer, Arbeitsbeziehungen, S. 477–484.

<sup>105</sup> Vgl. Rainer Weinert/Franz-Otto Gilles, Der Zusammenbruch des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Zunehmender Entscheidungsdruck, institutionalisierte Handlungsschwäche und Zerfall der hierarchischen Organisationsstruktur, Wiesbaden 1999.

<sup>106</sup> Vgl. Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995, bes. S. 211–245; Jörg Roesler, Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR, Zentrum der Arbeitswelt, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, S. 144–170; Jörg Roesler, Die Rolle des Brigadiers bei der Konfliktregulierung zwischen Arbeitsbrigaden und der Werksleitung, in: Hübner/Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter, S. 413–437.

<sup>107</sup> Vgl. Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß, bes. S. 178–210.

<sup>108</sup> Vgl. Peter Hübner, Balance des Ungleichgewichts. Zum Verhältnis von Arbeiterinteressen und SED-Herrschaft, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 15–28.

Mauer, den Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990, die Arbeiter weit überproportional die CDU wählten, während ihr Anteil an den PDS-Stimmen tief unter dem Durchschnitt der Partei bei allen Wählern lag<sup>109</sup>.

#### IV.

In der Sozialpolitik hielten sich die Kontinuitäten und die Brüche mit der deutschen Tradition etwa die Waage. Die ursprüngliche Haltung der SED, die der Sozialpolitik als einer Art „Lazarettstation“ des Kapitalismus in einem sozialistischen Staat nur eine marginale und zudem ständig abnehmende Bedeutung zuerkennen wollte, wurde allmählich aufgegeben und durch das Konzept einer spezifisch sozialistischen Sozialpolitik ersetzt. Seit Mitte der sechziger Jahre, vor allem aber in der Ära Honecker, in der die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zum Leitprinzip erhoben wurde, wurde die Sozialpolitik die wohl wichtigste Legitimationsgrundlage des Staates<sup>110</sup>. Gleichzeitig wurden die „sozialen Errungenschaften“ ein zentrales Element der Versuche, die Bundesrepublik im Wettbewerb der Systeme zu übertrumpfen. Die DDR stand mit ihrer Sozialpolitik, in der der international übliche Begriff der „sozialen Sicherheit“ zunehmend durch den der „sozialen Geborgenheit“ ergänzt oder ersetzt wurde<sup>111</sup>, in der voremanzipatorischen deutschen Tradition einer obrigkeitstaatlich-paternalistischen Sozialpolitik, die staatliche Fürsorge für den Preis des Gehorsams, der Loyalität und des Verzichts auf Konfliktfähigkeit gewährte. Ein Bruch mit älteren deutschen Traditionen – hier gab es deutliche Parallelen zum NS-Regime – waren dagegen das weitgehende Angebotsmonopol sozialer Leistungen beim Staat, die große Bedeutung der Betriebe im System der sozialen Sicherheit sowie das Fehlen eines autonomen, im Rahmen staatlicher Gesetze sich selbst regulierenden Systems der Arbeitsbeziehungen durch vom Staat unabhängige Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik, in der das Arbeitsrecht stark zersplittert ist und wesentlich auf bloßem Richterrecht beruht, ist es der DDR gelungen, nach Vorläufern im Gesetzbuch der Arbeit vom 12. April 1961<sup>112</sup> das gesamte Arbeitsrecht zusammen mit dem Sozialrecht im Arbeitsgesetzbuch von 1977 zu kodifizieren<sup>113</sup>.

<sup>109</sup> Vgl. Ritter/Niehuss, Wahlen, S. 259.

<sup>110</sup> Vgl. Hans Günter Hockerts, Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimationsanspruch der zweiten deutschen Diktatur, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München u.a. 1994, S. 790–804, bes. S. 791–794.

<sup>111</sup> Vgl. ebenda, bes. S. 791–793, 798 f.

<sup>112</sup> Vgl. die Gesamtdarstellung des Arbeitsrechts der DDR in der Mitte der sechziger Jahre von Siegfried Mampel, Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht in Mitteldeutschland, Köln 1966.

<sup>113</sup> Gesetzblatt (der DDR) 1977 I, S. 185–227. Vgl. dazu auch Johannes Frerich/Martin Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München/Wien 21996, S. 149–153.

Als zentrale, von der Bevölkerung sehr positiv aufgenommene „Errungenschaft“<sup>114</sup>, die zudem in den Verfassungen seit 1968 verankert war, wurde das Recht auf Arbeit angesehen. Dem entsprach, daß die schon vorher unbedeutend gewordene Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 1978 auch formell aufgelöst wurde. Die intensiven Versuche der DDR, bei den Verhandlungen zur Vereinigung 1990 das Arbeitsgesetzbuch, das vorher durch die Beseitigung dirigistischer Regelungen und der am Prinzip der sozialistischen Planwirtschaft ausgerichteten Bestimmungen entschlackt worden war<sup>115</sup>, bis zur Kodifizierung eines neuen gesamtdeutschen Arbeitsrechts zu erhalten und das Recht auf Arbeit – zumindest als soziales Staatsziel – auch in das Grundgesetz zu übernehmen, sind allerdings gescheitert.

Den Kern des Systems der sozialen Sicherheit bildete in der DDR – gemäß den deutschen Traditionen seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts – die Sozialversicherung. Dagegen stellte der Wegfall der Beamtenpensionen, die Abschaffung der Betriebspensionen<sup>116</sup> und die Ersetzung der nach Risiken und Berufsgruppen gegliederten deutschen Sozialversicherung durch eine Einheitsversicherung der Arbeiter und Angestellten, die 1956 dem FDGB unterstellt wurde<sup>117</sup>, einen wesentlichen Bruch mit der bisherigen Entwicklung dar.

Allerdings wurde der Grundsatz der Einheitsversicherung, mit der ältere Forderungen der deutschen Arbeiterbewegung aufgegriffen wurden, durch den 1950 begonnenen Aufbau eines immer stärker ausgeweiteten Geflechts von Zusatz- und Sonderversorgungssystemen für die Leistungsträger und die mit dem System besonders eng verbundenen Personengruppen durchbrochen. Schließlich wurde 1968/71 vor allem zur Abschöpfung von Kaufkraft und damit zur Eindämmung inflationärer Tendenzen auch noch eine freiwillige Zusatzrentenversicherung geschaffen<sup>118</sup>. In der allgemeinen Versicherung wurden die im deutschen System traditionell angelegten, in der Bundesrepublik noch verstärkten Versicherungselemente, die vor allem in der Rentenversicherung die Äquivalenz von Beiträgen und Leistungen betonen, immer mehr zugunsten des Fürsorge- und Versorgungsprinzips zurückgedrängt. Das hing auch damit zusammen, daß die SED sich aus Furcht vor der Opposition gerade der Arbeiter scheute, die einmal festgelegte, durch den späteren Anstieg der Löhne und Gehälter viel zu niedrige Beitragsbemessungsgrenze von monatlich 600 Mark anzu-

<sup>114</sup> Vgl. Heinz Niemann, *Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED*, Köln 1993, Dokument IX: Bericht über eine Umfrage zum Entwurf der Verfassung (28.2. 1968), S. 277 f.

<sup>115</sup> „Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Arbeitsgesetzbuches“ vom 22. 6. 1990, in: *Gesetzblatt (der DDR) 1990 I*, S. 371–381.

<sup>116</sup> Die Zusatzrente, die nach mindestens 20-jähriger Beschäftigungsdauer an die Arbeitnehmer der wichtigsten volkseigenen Betriebe auf Grund einer Verordnung vom 9. 3. 1954 gezahlt wurde (Frerich/Frey, *Handbuch*, Bd. 2, S. 358), wurde hier nicht als Betriebspension, sondern als Zusatzversorgung angesehen.

<sup>117</sup> Vgl. Dierk Hoffmann, *Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956*, München 1996.

<sup>118</sup> Vgl. zu den Abweichungen vom Prinzip der Einheitsversicherung Philip Manow-Borgwardt, *Die Sozialversicherung in der DDR und der BRD, 1945–1990: Über die Fortschrittlichkeit rück-schrittlicher Institutionen*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 35 (1994), S. 40–61.

heben. Trotz der immer mehr erhöhten staatlichen Zuschüsse, die von 2,5 Prozent 1955 und 16,1 Prozent 1960 auf über 48 Prozent der Gesamtausgaben 1989 anstiegen<sup>119</sup>, lag das Niveau der Renten, die nicht dynamisiert und an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angeglichen, sondern nur von Zeit zu Zeit durch Beschlüsse der Partei und der Staatsführung angehoben wurden, nicht nur im Vergleich zu den Renten in der Bundesrepublik, sondern auch zu den Löhnen und Gehältern in der DDR äußerst niedrig<sup>120</sup>.

Die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung war so die Achillesferse des Sozialversicherungssystems der DDR, die zudem aus politischen Gründen auf eine gesonderte Kriegsopferversorgung verzichtete. Ein weiterer Ausdruck der einseitigen Produktionsorientierung des SED-Sozialsystems war die völlige Marginalisierung der ideologisch als Relikt des Kapitalismus angesehenen Sozialfürsorge, die in der deutschen Tradition auch nach der Schaffung der Sozialversicherung weiterhin die wichtige unterste Stufe des sozialen Netzes bildete<sup>121</sup>.

Auf Kontinuitäten und Brüchen im System der Gesundheitsversorgung wurde bereits hingewiesen. Kennzeichnend für die DDR war die zentrale Rolle der Betriebe im System der Sozialpolitik. Die Betriebe hatten in erster Linie das Arbeitsplatzrisiko zu tragen und die faktisch, wenn auch nicht rechtlich fast unkündbaren Arbeitnehmer oft aus sozialen Gründen mitzuschleppen. Den Betrieben wurden zudem durch den Aufbau eines betrieblichen Gesundheitswesens, die Finanzierung von Kuren ihrer Mitarbeiter, die Unterhaltung betriebseigener Kinderbetreuungsstätten von der Krippe über Kindergärten bis zu Kinderhorten, durch den Bau und den Unterhalt von Betriebswohnungen, Erholungsheimen und Kulturhäusern sowie durch die Betreuung ihrer Rentner erhebliche zusätzliche Kosten aufgebürdet. Der rigorose Abbau dieser zusätzlichen Leistungen nach dem Übergang zur Marktwirtschaft im Gefolge der deutschen Vereinigung ist von vielen Menschen in Ostdeutschland als Verlust an Lebensqualität und sozialer Geborgenheit empfunden worden.

Auch für die starke Betriebsorientierung der Arbeitnehmer und die große Rolle betrieblicher Sozialleistungen gibt es allerdings Vorläufer in der deutschen Geschichte. Erinnerung sei nur etwa an die patriarchalische Sozialfürsorge in den Großunternehmen von Krupp und des saarländischen Industriellen Stumm-Halberg oder die von Ernst Abbe gegründete, stärker von den Arbeitnehmern mitgestaltete

<sup>119</sup> Vgl. Frerich/Frey, Handbuch, Bd. 2, S. 291f.

<sup>120</sup> So erreichten die Renten 1988 nur knapp 38 % des Bruttoarbeitseinkommens. 1971 hatte das Rentenniveau sogar bei nur 27 % der durchschnittlichen Arbeitseinkommen gelegen. Vgl. ebenda, S. 345.

<sup>121</sup> Für einen Vergleich der Systeme öffentlicher Fürsorge im NS-Staat, der DDR und der Bundesrepublik siehe Wilfried Rudloff, Öffentliche Fürsorge, in: Hockerts (Hrsg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit, S. 191–229. Vgl. weiter Marcel Boldorf, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut, Stuttgart 1998; Manfred Wienand/Volker Neumann/Iris Brockmann, Fürsorge, Opladen 1997.

Carl-Zeiss-Stiftung mit ihren relativ großzügigen statuarisch-rechtlich abgesicherten Sozialleistungen, wie sie weiter z.B. bei der Bosch GmbH in Stuttgart bestanden<sup>122</sup>.

Auch im Nationalsozialismus ist es im Wettbewerb um Fachkräfte, z.T. auch unter dem Einfluß der DAF, vielfach zu einem starken Ausbau der betrieblichen Sozialpolitik gekommen. Die Sozialpolitik der DDR, vor allem die den Konsum fördernden hohen Subventionen für Güter des Grundbedarfs und die Arbeitsplatzgarantie, hat die Wirtschaft überfordert, notwendige Investitionen verhindert und wurde so eine der Ursachen für den schließlichen Zusammenbruch des Systems. In vielen Bereichen, vor allem im Fehlen von Institutionen zur effektiven Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer und der Unternehmer und der geregelten Austragung von Arbeitskonflikten, aber auch in der Versorgung der aus dem Produktionssystem herausgefallenen Teile der Bevölkerung – Rentner, Invaliden, Kriegsoffer, Behinderte, Witwen ohne eigene oder mit nur geringen eigenen Rentenansprüchen – blieb die DDR zudem weit hinter der Bundesrepublik zurück.

Das gilt in besonders starkem Maße auch für den Konsum. Vor allem die ältere Generation der SED-Führer ging u.a. wegen der Erfahrungen des Massenelends in der Weltwirtschaftskrise, aber auch des Vorbildes der Sowjetunion von einer Vorstellung aus, nach der die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der Bürger nach Nahrungsmitteln, Wohnung und Kleidung eine zentrale Aufgabe des Staates sei. Die Einführung von Mindestlöhnen und Mindestrenten ließ dem Leistungsprinzip wenig Raum, während die kostenlose ärztliche Versorgung und die immer größere ökonomische Ressourcen in Anspruch nehmende Subventionierung von Lebensmitteln des Grundbedarfs, von Mieten, Kinderkleidung und Kinderbetreuung, Kantinenessen und Schulspeisungen sowie des Urlaubs in Ferienheimen einen Abstieg unter die Armutsgrenze verhinderten<sup>123</sup>. Dieses System war nicht nur kostspielig und ökonomisch ineffektiv; es trug auch dem steigenden Bedürfnis der Menschen nach gehobener und stärker auf die individuellen Interessen zugeschnittenen Konsum, für den die Bundesrepublik immer mehr zum Vorbild wurde, nur unzureichend Rechnung.

All diese schon in den fünfziger Jahren einsetzenden Fehlentwicklungen verurteilten das ehrgeizige, von Ulbricht auf dem 5. Parteitag der SED 1958 gesteckte Ziel, die Bundesrepublik bis 1961 im Pro-Kopf-Verbrauch an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern einzuholen und zu überholen<sup>124</sup>, von vornherein zum Scheitern. Die SED und die DDR mit ihrer Orientierung an der ökonomisch und politisch rückständigen Sowjetunion und veralteten Leitbildern der kommunistischen

<sup>122</sup> Vgl. Wolfram Fischer, Die Pionierrolle der betrieblichen Sozialpolitik im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, in: Betriebliche Sozialpolitik deutscher Unternehmen seit dem 19. Jahrhundert. Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 12, Wiesbaden 1978, S. 34-51. Zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Jenaer Industriemanagement vgl. Rüdiger Stutz (Hrsg.), Macht und Milieu: Jena zwischen Kriegsende und Mauerbau, Jena 2000. Der Aufsatzband ist Teil des Projekts „Abbes Erben“. Studien zum Elitenwandel in Technologieregionen des „Großdeutschen Reiches“ und seiner Nachfolgestaaten.

<sup>123</sup> Vgl. Stefan Merl, Sowjetisierung in der Welt des Konsums, in: Jarausch/Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 167-194.

<sup>124</sup> Vgl. ebenda, S. 180.

Arbeiterbewegung der Weimarer Republik haben zwar Gesellschaft und Wirtschaft grundlegend verändert. Mit ihrem starren Festhalten an einer durch Sozialisierung und die Nivellierung der Einkommen veränderten Industriegesellschaft alter Prägung wurden sie aber Opfer einer im Kern konservativen Haltung, die den Weg in die Moderne gerade nicht öffnete, sondern verbaute. Auch das, nicht nur der Mangel an Freiheit und demokratischer Selbstbestimmung, trug dazu bei, daß sie keine wirkliche Legitimation bei ihren Bürgern gewann.